

Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

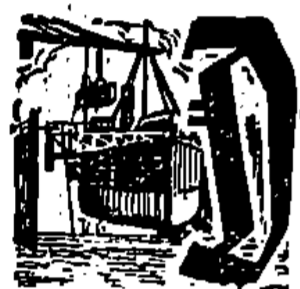
Nummer 24

Duitsburg, den 11. Juni 1932

33. Jahrgang

Arbeiterschaft und „neues System“

Wie es kam



Die politischen Ereignisse der letzten Tage sind entscheidend für die Zukunft des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterschaft. Die Stellungnahme unseres parteipolitisch-neutralen Christlichen Metallarbeiterverbandes zum Rücktritt des Kabinetts Brüning muß daher jede parteipolitische Einstellung ablehnen. Er kann und muß aber Stellung nehmen wegen der nationalen, wirtschaftspolitischen und sozialen Folgen, welche sich aus dem Rücktritt des Kabinetts Brüning ergeben.

Man muß in der deutschen politischen Geschichte bis auf den Sturz Bismarcks zurückgehen, um einen Vergleich mit einem solch inner- und weltpolitisch tief einschneidenden und auch solch persönlich tragischen Abschied zu finden, wie es bei Brüning der Fall war. Während frühere Kabinettsbildungen mal ein stärkeres, mal ein schwächeres Bekräufel der parlamentarischen Gewässer hervorriefen, ist heute Welt und deutsches Volk im Tiefsten mit ergriffen. Denn alles fühlt, daß man vor etwas Neuem steht, das undefinierbar, ungreifbar vorläufig, aber zum mindesten außerordentlich dunkel das Schicksal unseres Volkes beeinflussen will. Das Tragische ist — wie bei Bismarck —, daß der Kanzler nicht in offener Feldschlacht fiel, sondern von den Partherpfeilen seiner nächsten Umgebung getroffen wurde.

Darin eben liegt das Gefährliche und das Dämonische. Nicht der Nationalismus, Brünings offener und erklärter Gegner, brachte ihn zur Strecke, sondern das Geschleiche eines reaktionären, eines politisch und sozial reaktionären Gewürms. Mit Brüning mußte Stegerwald fallen, der mehr und mehr Exponent des Angriffes der antisozialen Kreise geworden war.

Seit Anfang 1931 wurde es immer deutlicher, daß auf das Kabinett Brüning konzentrisch zum Angriff eingeseht wurde. Nicht etwa aus sachlichen Erwägungen heraus. Ein anderes und besseres Aufbauprogramm wußte keiner der Brüning Bekämpfenden vorzulegen. Es waren andere Gründe. Einflußreiche kapitalbesitzende Schichten drängten auf eine versteckte Inflation, um auf diese Art möglichst schnell von den gemachten Schulden freizukommen. Brüning kannte im Lebensinteresse des Gesamtvolkes und vor allem der sparenden Schichten diese Gefahr und beschritt statt dessen den dornenvolleren, aber sicheren Weg des realen Kaufmanns, der sein Geschäft nicht auf Schwindel, sondern auf Ehrlichkeit und Arbeit aufbaut.

Das deutsche Volk trug die Last der Notverordnungen. Wir waren nicht mit allem einverstanden. Wir haben auch der Regierung Brüning keinen Zweifel darüber gelassen, daß Notverordnungen erst dann eine sittliche Berechtigung haben, wenn die Lasten nach der Tragmöglichkeit den einzelnen Schichten auferlegt, aber nicht einseitig gelagert werden.

Zum Kampf gegen Brüning gesellte sich, je länger, je mehr,

ein heftiger Druck gegen den Reichsarbeitsminister Stegerwald. Kapitalistische Kreise verlangten freie Lohnbildung, „Auslockerung“ des Schlichtungswesens und „Reform“ der Sozialversicherung. Was sich hinter dieser getarnten Ausdrucksweise verbarg, weiß jeder, der im sozialen Leben steht. Der Reichsarbeitsminister — gezwungen durch Krise und Wirtschaftsnot — mußte hier und da Vorfeldstellungen im sozialen Raum zurücklegen, aber er wehrte sich mit Erfolg gegen eine Unterminierung der Grundfesten der Arbeiterrechte und der Sozialversicherung. Die Siedlungsfragen im Osten bildeten den letzten äußeren Grund des Konfliktes zwischen Reichspräsidenten und Reichsregierung. (Siehe Artikel: Ostelbien, Stegerwald und Junkertum.) Dunkle Kräfte, denen es weniger auf eine nationale Linie, als auf eine Unterminierung der Währung, der Sozialversicherung und des Arbeitsrechtes ankommt, haben den vorläufigen Sieg davongetragen.

Nicht nur um die Rechte der Arbeiterschaft, sondern auch um die zukünftige nationale Linie überhaupt wird der Kampf gehen. Brüning hatte eine Politik des nationalen Widerstandes erfolgreich eingeleitet, und sein „Nein“ zu allen Tributfragen stand unerbittlich fest. Das hat unsichtbare, aber sehr einflußreiche deutsche Kreise nicht gehindert, auf dem Weg über die politisch sehr mächtige französische Schwerindustrie Verhandlungen zu pflegen, deren Sinn es war, Frankreich für zukünftige deutsche Regierungen geneigter zu machen. Man nennt als Preis dafür neun Milliarden Goldmark, eine gewisse Mitbestimmung des französischen Generalstabes bei einer eventuellen Vergrößerung des deutschen Heeres, ja man berichtet sogar von einem Verzicht auf den Korridor im Osten!

Solche Ungeheuerlichkeiten — in die Wirklichkeit umgesetzt — würden von der christlich-nationalen Arbeitnehmerschaft unter allen Umständen mit schärfstem Kampf beantwortet werden.

Auch die christlich-nationale Arbeitnehmerschaft hat nicht zu allen Handlungen Brünings „Ja“ sagen können, vor allem gilt das für manche Bestimmungen der Notverordnungen, die sich oft einseitig gegen die Arbeitnehmer auswirkten. Aber dennoch muß man anerkennen, daß das Kabinett Brüning nach vier Seiten erfolgreich gearbeitet hat.

1. Brüning hat den Kampf gegen Versailles und die Tribute mit einer nie dagewesenen Härte und Zielstrebigkeit verfolgt, die es ihm ermöglichten, bis an den Erfolg vorzustößen. Die Frontbildung Amerika — England — Italien gegen Frankreich ist nicht zuletzt sein Werk. Frankreich wird in bezug auf Lausanne aufatmen, daß es diesen Gegner los ist.
2. Brüning hat trotz des katastrophalen Rückganges der Einnahmen es fertiggebracht, daß in zwei Krisenjahren sechs Millionen Arbeitslose samt ihren Familien nicht zu verhungern brauchten.



„Erst diese beiden erledigen, dann kommen wir besser an die Arbeiterschaft heran.“

3. Trotz des wildesten Ansturmes blieben Sozialversicherung und Arbeitsrecht im wesentlichen unangetastet.
4. Brüning hat die Währung erfolgreich verteidigt und eine von vielen „Wirtschaftsgrößen“ herbeigesehnte Inflation zurückgehalten. So sicherte er die Groschen des „kleinen Mannes“, des Arbeiters, des Handwerkers, des Klein- und Mittelbauern.

Die christliche Metallarbeiterschaft weiß Brüning und Stegerwald trotz mancher gegenteiligen Auffassung Dank für ihre hingebungsvolle Arbeit für Gesamtvolk und Arbeiterschaft.

Altpreußen oder Ganz-Deutschland?

Die bemerkenswerteste Erscheinung beim „neuen Kurs“ ist die Wendung von Gesamtdeutschland nach dem Osten. Nicht nur, daß die Zusammensetzung des neuen Kabinetts diesen Ostcharakter prononziert betont, es geht auch in seinen Grundgedanken wesentlich von der Agrarpolitik des Ostens, vom Großgrundbesitz und von altpreußisch-militärischen Auffassungen aus. Ob die wirtschaftlich und kulturell ausschlaggebenderen Gebiete westlich der Elbe und südlich des Mains sowie auch die Arbeitnehmerschaft des östlichen Deutschlands sich so einfach in das Korsett eines einseitigen Denkens hineinzwängen lassen, steht dahin. Sowohl hinsichtlich der Agrarpolitik, der Sozialpolitik als auch des Denkens in Gesamtdeutschland unterscheiden sich diese ausschlaggebenden Gebiete außerordentlich von dem Geiste des ostelbischen Grundbesitzes. Altpreußischer Adel und westdeutscher Hochkapitalismus haben in bezug auf das Recht aller Schichten an der politischen und sozialen Mitbestimmung eine ganz andere Auffassung, als sie sonst vor allem westlich der Elbe und südlich des Mains anzutreffen sind. Bei aller Ehrerbietung, die wir dem Oberhaupt des Deutschen Reiches schuldig sind, bleibt die bedenkliche Verengung der politischen Basis durch den Herrn Reichspräsidenten nicht verständlich.

Wir selbst möchten nicht so weit gehen wie führende süddeutsche Zeitungen, welche offen einer neuen Mainlinie das Wort reden. Aber solche Auslassungen sind symptomatisch, und man kann sie nicht mit einer Handbewegung abtun.

Die Kräfte des alten Militärs, des ostdeutschen Großgrundbesitzes und der Großindustrie einseitig einsehen für die sogenannte neue politische Haltung, bedeutet keinen neuen Kurs, sondern einen höchst alten, nämlich den Kurs, der im Preußen des Dreiklassenwahlrechtes üblich war, der aber heute weder eine Grundlage im Volk noch eine alleinführende politische Berechtigung überhaupt hat. Der Geist des ostpreußischen Großgrundbesitzes und des westlichen Kapitalismus drängt in die Formen überlebten Herrtums hinein mit möglichster Unterdrückung der handarbeitenden Schichten. Das Interesse des Lebens der deutschen Nation und der Arbeiterschaft wird sich gegen eine großindustriell-großlandwirtschaftliche und militaristische Politik aussprechen.

Revolution von oben

Die Zusammensetzung der neuen Regierung zeigt klar die Triebkräfte, die hinter ihr stehen: Junkertum und Großkapitalismus. Nur Adel ist vertreten, ein paar Großbürger, kein Arbeiter. Das nennt sich „nationale Konzentration“. Dem ostelbischen Junkertum sind auch diesmal wieder die Sonderinteressen über die Volksinteressen gegangen. Es hat die Bodensperre, welche es über weiteste ostdeutsche Gebiete ausübt, über den Schrei des Volkes nach Siedlung und über den nationalen Freiheitswillen im Osten gesetzt. Ihm ist anscheinend die Polengefahr nur ein bestmöglicher Ruf nach weiteren Staatssubventionen, aber kein Grund zur Füllung der großen unbesiedelten Gebiete mit Siedlern, wodurch allein Ostdeutschland gerettet werden kann.

Dem deutschen Kapitalismus ist längst das Arbeiterrecht ein Dorn im Auge. Der Kampf gegen Tarifvertrag, gegen Schlichtungswesen, Urlaub, Betriebsratswesen usw. zeigt deutlich die Linie, wohin er drängt. Wohin? Redet man nicht schon von „Auflockerung“ des Koalitionsrechtes und von einem neuen Wahlsystem? Alte Herreninsinikte — solange gebändigt, als die Gewerkschaften noch sehr stark waren — wachsen wieder auf. Die Ziele dieser Revolution von oben sind volklich und sozialpolitisch von viel weittragenderer Bedeutung als etwa die Ziele der verkrüppelten Revolution von 1918. Diese wußte nicht, was sie wollte. Sie schlitterte in eine Auflösung hinein. Aber an dieser Revolution von oben ist seit Jahren zielbewußt gearbeitet worden. Wir wollen nicht ohne weiteres die Zusammenlegung des Wirtschafts- und Arbeitsministeriums in die Hand des Industrievertreters Warmbold als auf dieser Linie liegend bezeichnen. Aber zu denken sollte es geben. Die Arbeiterschaft wird in Bälde schon die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation in einer Form dargeboten bekommen, daß auch den Gleichgültigen und Unorganisierten die Augen aufgehen werden.

Wir und der neue Kurs

Parteipolitische Fragen schalten für uns aus. Unsere Stellungnahme wird lediglich diktiert von nationalen, sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Motiven.

1. Auch diese Regierung, wie jede zukünftige, hat die Politik des unbedingten „Rein“ gegenüber Reparationen und Versailles fortzusetzen. Sie hat die Verpflichtung, den Freiheitskampf des deutschen Volkes unbeeinflusst von kapitalistischen und hochagrarischen Sonderinteressen zu führen. Eine andere Stellungnahme würde von der christlich-nationalen Arbeiterschaft mit rücksichtslosem Kampf beantwortet werden.

2. Diese Regierung und jede zukünftige Regierung muß den Mut und den Verantwortungswillen in sich tragen, gegenüber den Einflüsterungen kapitalistischer Kreise die Währung zu halten und jegliche Inflation zu unterbinden. Es ist bekannt, daß viele der Regierung nahestehende Kreise auf eine Inflation zu ihrer Entschuldung hoffen. Wir warnen nachdrücklichst jede Regierung vor solchen Experimenten. Die Regierung hat erklärt, daß sie gegen eine Inflation sei. Gut! Die Zeit wird's lehren.

3. Die Regierung hat wie jede zukünftige das Arbeitsrecht und die Sozialversicherung zu erhalten. Sie hat die Rechte,

die auch der Arbeiterschaft in der Verfassung gegeben sind, zu achten. Eine Durchbrechung der Existenzrechte, wie sie bei den Sozialversicherungen vorliegen, eine Schmälerung des Arbeitsrechts würde die deutsche Arbeiterschaft aller Parteien zusammenschließen gegen jede Regierung, welche dagegen vorgehen würde.

4. Unbedingte Pflicht jeder Regierung ist es, die Arbeitslosen vor dem Hungern zu schützen. Sie darf selbst vor scharfen Eingriffen in das Einkommen aller übrigen Volksschichten nicht zurückschrecken, wo es um das Leben eines großen Teils des deutschen Volkes geht.

Das sind ein paar ganz elementare Forderungen, von

deren Innehaltung wir unsere Stellung zur neuen Regierung abhängig machen.

Die Metallarbeiterschaft steht vor ihrer Schicksalsstunde. Jetzt wird sie wohl noch kaum der Auffassung sein, daß es ohne starke Gewerkschaften, welche mitgliedermäßig und finanziell gut gerüstet sind, gehen wird. Aktivität und Schlagkraft der Organisation müssen verstärkt und die Verbandsfinanzen bereitgehalten werden für den Entscheidungskampf, welcher bevorsteht. Jetzt weg mit jeder Kleinlichkeit, schließt fester die Reihen. Werbt und schreit es jedem Lauen in die Seele: Es geht um dich und deine Familie, um die Arbeiterschaft.
G. W.

Ostelbien, Stegerwald und Junkertum



Ostelbien ist ein merkwürdiges Stück Land in Preußen. Ausgesprochenes Kolonisationsgebiet mit ausgesprochen eigenwilligen Köpfen. Der Große Kurfürst ließ einigen dortigen Prominenten den Dickhädel herunterhauen; der Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. erklärte gegenüber dem Adel, daß er den Staat stabillieren wolle wie einen rocher de bronze, und August Winnig, Sozialist und Oberpräsident, veröffentlichte den Ausruf der Kappisten. Oldenburg-Januschau lebt auch dort, der Träger des aufschlußreichen Wortes: „Vox populi, vox Rindvieh“ (Volkes Stimme, Rindviehs Stimme).

In Ostelbien nimmt dann Ostpreußen noch eine besondere Stellung ein. Seit Versailles ist Ostpreußen ringsherum von Polen umgeben. Eine Insel im polnischen Meer. Sie würde Kräfte in sich haben, wenn sie stärker bevölkert wäre. Ostpreußen gehört zu den größten, aber am schwächsten bewohnten Provinzen Preußens. Bei einer Größe von 38 500 Quadratkilometer hat Ostpreußen eine Bevölkerung von nur 2,2 Millionen. (Rheinprovinz 24 500 Quadratkilometer und 7,2 Millionen Einwohner, Westfalen 20 200 Quadratkilometer und 4,8 Millionen Einwohner.)

Ostpreußen ist das Dorado der alten junkerlichen Kaste, die vor Zeiten einen bedeutsamen Sinn hatte. Nun, sie lebt auch heute noch, lebt noch gut, dank dem Hypothekengesetz des Alten Fritz, womit er den ostelbischen Adel schützte. Dieses Hypothekengesetz war eine prächtige Maschinerie der Geldbeschaffung. „Sie verwandelte den Bodenkredit in ein Mittel gleichsam untilgbarer Dauerverschuldung, die ohne Gefahr für den Geldnehmer beständig gesteigert und zum Aufblähen der Bodenpreise benutzt werden konnte“ (Segemann). Der Großgrundbesitz durfte seinen Besitz bis zu 100% und mehr mit Hypothekenschulden belasten. Die Zinsen konnte er gewissermaßen als Geschäftskosten buchen und als Teil des Getreidepreises von der Allgemeinheit zahlen lassen. Das war Generationen hindurch der Fall.

Allmählich aber nahte die Weltkrise, die auch vor den Schlössern Osteliens keinen Halt machte. Da zeigten sich die Folgen der überstarken Hypothekisierung. Es gibt Güter im Werte von 250 000 RM, welche mit 1,5 Millionen RM belastet sind. Von den rund 13 000 großagrarisches ostelbischen Gütern stehen 5000 im Bankrott.

Um dem Ruf „Rettet die Landwirtschaft!“ mehr Geltung zu verschaffen, ging der alte Fuchs Oldenburg-Januschau mit dem Klingelbeutel bei der Großindustrie herum, um „aus nationalen Gründen“ dem Reichspräsidenten das Gut der Sindenburge, Neudeck, zu schenken. Was hätte den Reichspräsidenten mehr von der Not des Großagrarieriums überzeugen können als die Unrentabilität des eigenen Gutes? Und der Januschauer war der Nachbar.

Um der Großlandwirtschaft zu helfen, wurden also die Zölle auf Getreide und Futtermittel erhöht, worunter die Viehhaltung und Veredelungswirtschaft, die Züchnerfarmer usw. bald außerordentlich zu leiden hatten. Aber damit nicht genug. Die Osthilfe setzte mit Wirkung vom 1. Juli 1931

ihre Milliardenflut in Bewegung, um der brüchigen und überlebten Mammut-Landwirtschaft wieder auf die Strümpfe zu helfen. Der kleine und mittlere Bauer existierte dabei nicht. Bei der Verwendung der Osthilfe wurde „großzügig“ verfahren. Die Verteilungsbeamten bezogen 2,5 Millionen Reichsmark Gehalt. Das ging ja nur aus den Steuer Groschen. Die amtlichen Feststellungen des Rechnungshofes des Deutschen Reiches bringen geradezu tolle Ergebnisse. Manche Grundbesitzer haben bald nach der Eintragung der Umschuldungshypothek mit der Vernachlässigung des Betriebes begonnen, bis es glücklich zur Zwangsversteigerung kam, bei der ein Familienglied das Gut erwarb, während die zweite Hypothek ausfiel. Oder man ließ in das Grundbuch 50 000 RM Nitgiftversprechen für die Tochter eintragen, 50 000 RM Erbteilversprechen für den Sohn, und die Verschuldung war hergestellt, womit man dann zum Empfang der Osthilfe avancierte. Und mittlerweile zog man den Arbeitslosen noch einige Groschen ab.

Aber selbst das genügte noch nicht. 500 Großgüter Osteliens waren trotz aller Staatssubventionen nicht zu halten. Da wollte Stegerwald zupacken und diese Güter als Grundstock für ein großes Siedlungsprogramm einsehen.

Es war allmählich dem deutschen Volke ausgegangen, daß besonders Ostpreußen gegen die Flut der Polen nur gehalten werden konnte durch eine Vermehrung der Bevölkerung Ostpreußens um Hunderttausende. Im Interesse der Erhaltung des Deutschtums im Osten und zur Entlastung des deutschen Arbeitsmarktes überhaupt sollten nach Stegerwalds und des ganzen Kabinetts Ansicht Siedler in großem Umfang angeheuert werden. Das Preussische Institut für landwirtschaftliche Marktforschung hatte schon vor Jahren erklärt, daß in Ostdeutschland 300 000 Kleinbauern fehlen, um den Boden dort wirklich wirtschaftlich auszunutzen und die Landwirtschaft zur Blüte zu bringen. Die Ansiedlung dieser 300 000 Siedlerfamilien würde den wirksamsten Schutz gegen die östliche Ueberflutung bedeuten, welche der Alpdruck aller echten Patrioten ist.

Aber Stegerwald hatte die Rechnung ohne Osteliens Großgrundbesitz gemacht. Man blies dem Reichspräsidenten etwas ein von „Bolschewisierung des Bodens“, von „Sozialisierung des Privateigentums“ und wie die Gründe beim Kapitalismus lauten, wenn er sich in Unfähigkeit heiß gelaufen hat. Von Neudeck kam daher die Forderung nach Abänderung der Verordnung zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung. Diese Forderung aber enthielt rundherum die Wünsche des Großagrarieriums. An der Nichterfüllung zerbrach das Kabinett.

Für das neue Kabinett der „nationalen Konzentration“ aber rücken sie nun an aus dem Osten. Wir fürchten nur, daß von dem schädigen Mantel der „nationalen Konzentration“ bald nur noch der Egoismus des Großgrundbesitzes übrig bleibt. So versandete im Jahre 1932 eine große nationale Tat am Egoismus des ostelbischen Junkertums, deren Väter in einer ähnlichen Krisenperiode 1808 erklärten, daß sie lieber noch ein paar Niederlagen von Jena sähen als einmal eine Bauernbefreiung.
... er.

Kollegen! Seid auf der Wacht!



Die politischen Ergebnisse der letzten Woche haben gezeigt, wohin der Kurs in Deutschland steuert. Gegen die Arbeiterschaft. In der ganzen Welt, vorweg aber in den industrialisierten Ländern des unglücklichen Europa und hierin wieder ganz besonders in Deutschland, geht heute das Gespenst der Reaktion herum, um dem Arbeitnehmerstand wieder ein Leben zurechtzuzimmern, welches an das Selotentum vergangener Tage erinnert. Wir verspüren heute, in einer Zeit schwerster Wirtschaftskrise wohl, wie der Dämon Kapitalismus mit all seiner ihm noch zur Verfügung stehenden Kraft sich aufbäumt gegen den sozialen Volksstaat. Wird sich die Arbeiterschaft gegenüber diesem letzten Ausfall kapitalistischer Willkür ihrer Aufgabe voll und ganz bewusst sein? Wird die gesamte Arbeitnehmerschicht die Zeichen der Zeit erkennen und den notwendig werdenden Weg einschlagen, um den berechtigten Abwehrkampf zu führen und ein menschenwürdiges Dasein für sich zu erkämpfen suchen?

Kampf gegen Tarifvertrag, Kampf gegen Lohnvertrag, Kampf gegen Arbeiterurlaub, Kampf gegen Betriebsrätegesetz, Kampf gegen die gesamte Sozialversicherung usw. Kampf auf der ganzen Linie, gegen alles, was auch nur den geringsten Anschein erweckt, sozialen Zweck zu erfüllen. So steht das Barometer, in einer Zeit, wo Winterhilfe, Caritas und sonstige Wohlfahrtsinstitute Hochkonjunktur haben, in einer Zeit, wo alle Gegensätze, seien sie politischen oder religiösen Ursprungs, überbrückt werden sollten, um dieser ungeheuerlichen Wirtschaftskrise entgegenzusteuern, um endlich wieder auf den Weg zu kommen, welcher die gesamte Menschheit wieder aufwärts und vorwärts bringt.

Eine der vordringlichsten Aufgaben, um auf den Weg der Besserung zu kommen, ist und bleibt hierbei die Sammlung aller vorhandenen Kräfte zur positiven Mitarbeit am Aufstieg. Die ungeheuere Wirtschaftskrise mit ihren trostlosen Begleiterscheinungen hat wohl manchen früheren Mitarbeiter hart mitgenommen und ihn müde und gleichgültig gestimmt; aber ihnen sei gesagt, daß heute ein jeder unserer Standesbrüder schwer um seine Existenz zu kämpfen hat, und wir in Gesamtheit aller Voraussicht nach auch immer für unsere Besserstellung schaffen müssen, denn freiwillig hat man dem Arbeiterstand noch keine Erleichterungen in seinem Dasein gegeben.

Wir dürfen uns hierbei unter keinen Umständen von den, leider Gottes, viel zu oft wechselbaren politischen Leidenschaften verführen lassen oder dieselben gar auf unser gewerkschaftliches Tun anwenden; denn das käme uns als Arbeiterschaft sehr teuer zu stehen. Und weil wir wissen, daß Gewerkschaftsarbeit unermüdliches, Generationen anhaltendes Schaffen und Wirken ist und bestimmt auch von Erfolg gekrönt sein wird, deshalb verwahren wir uns als überzeugte Gewerkschaftler mit aller Entschiedenheit dagegen, daß gewisse politische Parteien die Not des Arbeiterstandes dahingehend ausnützen, aus dem Arbeiter nur ein Stimmvieh zu machen, um für sich politische Geschäfte zu garantieren und um die ihnen verhassten „Gewerkschaftsbonzon“ durch Parteibonzon zu ersetzen.

Wir Arbeiter kennen diesen Dreh und wissen auch, was für Drahtzieher dahinter stecken. Es sind dieselben Kreise, die

oben erwähntes Barometer auf „Sturm“ getrieben haben, und weil dieselben bei ihrem Kampf die geschlossene Front der organisierten Arbeiterschaft finden und nicht den erwarteten Erfolg haben, so versuchen sie über den Weg gewisser Parteien schneller zum Ziele zu kommen. Es muß den Herrschaften aber klar und deutlich gesagt werden, daß die Arbeiterschaft sich nicht Kapitalisten oder Generale a. D. oder gar Adelige aus Ost-Elbien (bei uns sagt man Krautjunker), wegen welchen gerade der Arbeiterhaushaltsetat ganz entschieden in die Höhe geschraubt ist (durch die überhohen Schutzölle), zu ihren Führern auserkoren hat. Wir wissen nämlich, daß die soziale Aber bei sehr vielen schon verstopft war, als sie noch kein „I“ schreiben konnten. Weiterhin können wir bei unserem notwendigen Existenzkampf keine Menschen oder gar Parteien nominieren, die überhaupt in den heutigen akuten Wirtschaftsfragen keine Lösung sehen wollen, weil sie ihre politischen Geschäfte nicht verlustig gehen wollen. Wir verlangen alsbaldige, auf lange Sicht gesehene, günstige Lösung unserer verworrenen Wirtschaftsverhältnisse, die aber, davon müssen wir überzeugt sein, nicht von Phrasendreschern, sondern nur von ehrlichen, verantwortungsbewußten Menschen geklärt werden können. Mögen darum alle jene, welche verantwortungsbewußt der Nation, aber auch der Arbeiterschaft dienen wollen, sich zu gemeinsamer Arbeit finden, und mögen auch jene Kreise, die bis jetzt noch nicht so sehr die Not des Volkes zu spüren bekamen, angesichts der überaus großen Notlage des Arbeiterstandes einsehen, daß aus der Notlage des einen Standes jene des eigenen Standes geboren werden kann.

Die deutsche Arbeiterschaft hat bewiesen, daß sie im Interesse von Volk und Vaterland diese ungeheuren Opfer getragen und damit erneut zum Ausdruck gebracht hat, daß des Volkes ärmster Sohn wiederum sein getreuester war, und so ein Beispiel gegeben, das bei unserer nationalen Notlage den anderen Ständen zur Nachahmung nur bestens empfohlen werden kann. Für uns Gewerkschaftler erwächst heute mehr denn je die Pflicht, aufklärend zu wirken und zur Sammlung zu mahnen, damit wir aus der proletarischen Lage, in der wir uns befinden, doch endlich herauskommen.

Papst Pius XI. schreibt in seiner Enzyklika Quadragesimo anno: „Darum ist mit aller Macht und Anstrengung dahin zu arbeiten, daß wenigstens in Zukunft die neugeschaffene Güterfülle nur in einem billigen Verhältnis bei den besitzenden Kreisen sich anhäufe, dagegen in breitem Strom der Lohnarbeiterschaft zufließe. Gewiß nicht, damit der Arbeiter von der Arbeit ablasse, ist doch der Mensch zur Arbeit geboren wie der Vogel zum Fluge.“ Und zum Schluß mahnt er: „Gehe man doch endlich mit Entschiedenheit und ohne weitere Säumnis an die Ausführung! Täusche sich niemand! Nur um diesen Preis lassen sich öffentliche Ordnung, Ruhe und Frieden der menschlichen Gesellschaft gegen die Mächte des Umsturzes mit Erfolg behaupten.“

Wir aber müssen heute, wo die soziale Reaktion zum entscheidenden Schlage anhebt, mit aller Hingabe schaffen für unsere gewerkschaftliche Organisation. Wir müssen sie vor allem finanziell intakt halten, damit sie den großen Anforderungen der Zeit gewachsen ist.

Vertrauensmann Fedal, Mannheim.

Berechtigt auch gegenüber den Beamten



Der Verbandstag der katholischen Beamten beschäftigt sich in einer Entschließung mit der Eingabe der Ortsverwaltung Duisburg des Christlichen Metallarbeiterverbandes an den Herrn Reichskanzler vom 20. Mai 1932. Diese Eingabe hatte u. a. gefordert, die Reichsregierung möge evtl. auf dem Verordnungswege bestimmen, daß die Kosten für die

Pensionen der Beamten durch Beiträge aufgebracht werden, und zwar in demselben Verhältnisse, wie in der Angestellten- und Invalidenversicherung.

In der Entschließung wird darauf hingewiesen, daß diese Forderung einen ersten Angriff auf den Charakter des Berufsbeamtentums bedeutet. Wie der KVD. zu einer solchen Feststellung kommt, ist schwer zu erkennen. In unserer

Eingabe war nichts anderes gefordert, als daß die Beamten genau so behandelt werden sollen wie jeder andere Versicherte in Deutschland auch. Eine solche Forderung dürfte doch wohl der Billigkeit entsprechen. Von den Beamten ist wiederholt erklärt worden, daß sie im Staatsleben keine Sonderstellung einnehmen wollen, daß sie vor allen Dingen nicht Sonderlasten tragen wollen. Warum denn das Verlangen nach Sonderrechten? Es ist völlig irrig, wenn die Beamten glauben, alle Kreise, die auf Unträglichkeiten hinweisen, seien Gegner der Berufsbeamten. Das Gegenteil ist der Fall.

Die Bestrebungen, in Deutschland eine Insel zu bilden, an der alle Opfer und Räten des Volkes vorbeirauschen, ohne diese Inselbewohner ernstlich zu treffen, schaffen den Beamten sehr viele Gegner, vielleicht sogar Feinde, so daß es im Interesse der Beamten selbst liegt, die Verbindung mit dem Volke wiederherzustellen. Der Beamte verlangt vom Staat die Beachtung seiner erworbenen Rechte. Das kann er. Aber hat nicht jeder Staatsbürger dieselben Forderungen zu stellen? Hat nicht auch der Arbeiter das Recht zu fordern, daß die sozialen Einrichtungen, die geschaffen wurden, um den Arbeiter in größten unverschuldeten Notfällen zu unterstützen, erhalten bleiben? Ist diese Forderung nicht um so berechtigter, weil der Arbeiter die notwendigen Mittel hierzu unter größten Opfern zusammengetragen hat? Dennoch wurden die Leistungen so stark abgebaut, daß der Reichsarbeitsminister Stegerwald in den letzten Tagen erklären mußte: „Die Krankenversicherung ist nur noch 60—70% von dem, was sie 1929 war. Die Invalidenversicherung 70—75% und die Arbeitslosenversicherung 50—60% gegenüber 1927.“ Diese gewaltigen Einschränkungen mußte die Arbeiterschaft hinnehmen, weil die Not des Volkes es erforderte. Trotz dieser gewaltigen Opfer, die doppelt schwer belasten, weil die früher gezahlten Beträge eben ausreichten, um den Hunger zu stillen, hat die Arbeiterschaft, besonders die organisierte Arbeiterschaft bei den letzten Stürmen den Staat in seinen Grundfesten erhalten, was von anderen Gruppen, denen längst nicht die Opfer auferlegt wurden, nicht immer behauptet werden kann. Diese Tatsache wird durch gegenteilige Behauptung nicht aus der Welt geschafft. Die Forderung des Christlichen Metallarbeiterverbandes ist um so berechtigter, wenn berücksichtigt wird, daß die Wohlfahrtsempfänger, deren Unterstützungssatz 34 RM monatlich für den Verheirateten beträgt, zur Aufrechterhaltung ihrer Invalidenversicherung, deren Leistungen in keinem Verhältnis zu den Beamtenpensionen stehen, von diesen Unterstützungssätzen Beiträge zahlen müssen.

Wenn ein Volk diese Beträge nicht mehr aus öffentlichen Mitteln aufbringen kann, dann ist es ein unverantwortliches Unrecht, für Festbesoldete die gesamten Kosten und Risiken zu übernehmen, auch dann, wenn Besoldung und Pension in einem finanziellen Zusammenhang stehen. Jeder, der in seinem Alter Anrecht auf Rente erhebt, muß in seinen jüngeren

Auch in der Krise voran!

Unsere Frühjahrs-Verbearbeit brachte weitere gute Erfolge:

Dillenburg 19 Aufnahmen und Uebertritte,
Gütersloh weitere 20 Aufnahmen,
Karlsruhe 21 Neuaufnahmen und Uebertritte,
Dresden 14 Neuaufnahmen,
Mannheim 20 Neuaufnahmen,
Dillingen 19 Neuaufnahmen.

Mühe bringt Fortschritt. Wo bleibt deine Mitarbeit?

Jahren hierzu die Voraussetzungen durch Zahlung von Beiträgen schaffen. Eine andere Regelung, besonders wenn sie auf Kosten anderer Volkskreise geht, ist ungerecht. Ein Reichskanzler, der die Devise vertritt, daß Gerechtigkeit mit ein Weg zum Aufstieg ist, wird an diesen Dingen nicht achtlos vorübergehen können, selbst auf die Gefahr hin, angeblich wohlverworbene Rechte einer Berufsschicht anzutasten. Wenn die benötigten Beträge für die Pensionsbeiträge gespart würden, dürften Mittel genügend frei werden, um für die Wohlfahrtserwerbslosen die Beitragsmarken aus öffentlichen Mitteln zu zahlen, die notwendig sind, um die Versicherung aufrechtzuerhalten. Die Not des Volkes, insbesondere der Arbeitslosen, verlangt Opfer von allen Volksschichten, besonders aber von denen, die in fester Stellung sind und gegen alle Verdienstverluste, die durch Krankheit, Arbeitslosigkeit und dergleichen entstehen können, geschützt sind.

Ist nicht die größte Sorge des Arbeiters, wenn wir von der sehigen Arbeitslosigkeit absehen wollen, „was geschieht mit mir, wenn ich älter werde?“ Die rationalisierten Betriebe haben leider keinen Platz mehr für ältere Arbeiter. Wenn Festbesoldete ihre höchsten Einkommen erreichen, werden die Arbeiter, weil zu alt, entlassen. Die Invalidenversicherung kommt noch nicht in Frage, weil der Mann noch ein Drittel des ortsüblichen Tagelohnes verdienen kann. Der Arbeiter kann in den meisten Fällen noch mehr verdienen, aber keiner gibt ihm eine Arbeitsstelle, weil er für den Betrieb zu alt ist. Für den Betrieb zu alt, für die Invalidenversicherung zu jung. Was bleibt übrig, trotz jahrelanger Beitragsleistung? Der bittere Weg zum Wohlfahrtsamt.

Nach ruhigen und ohne Voreingenommenheit angestellten Ueberlegungen dürften einsichtige Beamte die Berechtigung der Forderung anerkennen. Die Zukunft wird lehren, daß nicht diejenigen, die ein offenes Wort zu vielleicht unangenehmen Fragen sagen, Gegner der Berufsbeamten sind, sondern jene, die, um populär zu erscheinen, Vogel-Strauß-Politik trieben.

Kurth, Duisburg.

Besteuerung der Konsumvereine



In weit verbreitetes Schlagwort behauptet, die Konsumgenossenschaften genießen Steuervergünstigungen. In der „Konsumgenossenschaftlichen Praxis“, dem Hauptorgan des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine e. V., Köln, stellt Dr. jur. Weisensefeld in einem Artikel „Die Wahrheit über die Besteuerung der Genossenschaften in Reich und Ländern“ dagegen eine steuerliche Benachteiligung der Konsumgenossenschaften fest. Seine Darlegungen zeichnen sich dadurch aus, daß sie in übersichtlicher, tabellarischer Form die steuerlichen Bestimmungen für die Genossenschaften und Konsumgenossenschaften denjenigen für die privaten Gewerbetreibenden gegenüberstellen und neben einer objektiven Klarlegung der Steuerbestimmungen auch wirtschaftspolitische Momente in Berücksichtigung ziehen. Die erste Tabelle behandelt die Körperschaftsteuer, Vermögenssteuer und Industriebelastung. Daraus ist ersichtlich, daß von einer Steuervergünstigung der Konsumgenossenschaften niemals gesprochen werden darf, weil

alle Genossenschaftsarten steuerlich gleichmäßig zu behandeln sind. Wirtschaftspolitisch betrachtet, genießen die in den Konsumgenossenschaften zusammengeschlossenen Bevölkerungsschichten den weitaus geringsten Vorteil aus den aus dem Charakter der Genossenschaft abgeleiteten steuerlichen Bestimmungen. Den 1241 Konsumgenossenschaften der Arbeitnehmer mit rund 13 200 Läden, stehen allein 1296 Edeka-Einkaufsgenossenschaften des gewerblichen privaten Einzelhandels mit rund 30 000 Läden gleichberechtigt gegenüber. Von den insgesamt 52 328 Genossenschaften Deutschlands nach dem Stand vom 1. Januar 1932 gehören 44 714 in die Sphäre des Mittelstandes und nur 5344 in die Sphäre der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenchaft.

Selbst wenn man vom genossenschaftlichen Charakter der Konsumvereine absieht und die Besteuerung der Konsumgenossenschaften direkt mit der Besteuerung der privaten Gewerbebetriebe vergleicht, sind die eventuell im Falle einer Körperschaftsbesteuerung sich ergebenden Steuersummen so

geringsüßig, daß sie überhaupt nicht in die Waagschale fallen können. Als Beispiel mag die Tatsache dienen, daß die dem Reichsverband deutscher Konsumvereine e. V. angeschlossenen Genossenschaften ihren bilanzmäßigen, nach Abzug der Rückvergütung (Rabatt) verbleibenden Reingewinn bei einem Höchststeuersatz von 20% nur mit 105 340 RM bei 277 Genossenschaften und zirka $\frac{3}{4}$ Millionen angeschlossener Mitglieder im Jahre 1930 hätten zu versteuern brauchen. Wollte man aber auch die Rückvergütung als steuerpflichtigen Gewinn ansehen, so müßte auch bei dem privaten, auf Gewinn hinstrebenden Einzelhandel der ausgeschüttete Rabatt ein zu versteuernder Gewinn sein. Will man die Reinerübrigung als Reingewinn versteuern, dann muß man konsequent sein und den Konsumgenossenschaften auch den Verkauf an jedermann gestatten.

Der Reichsverband deutscher Konsumvereine, Köln, hat dem Einzelhandel wiederholt angeboten, u. a. in einem offenen Brief des Verbandsdirektors Schlaß, M. d. R., an den wirtschaftsparteilichen Reichstagsabgeordneten Freybe („Konsumgenossenschaftliche Praxis“, Nr. 16, 1929), durch eine Offenlegung der Steuerlisten seine Behauptung zu prüfen, daß der selbständige Einzelhändler durch die zugunsten des Mittelstandes getroffenen steuerlichen Sonderbestimmungen weniger Reichssteuern aufbringt als die Konsumgenossenschaft.

Bezieht man noch die Umsatzsteuer und die Gewerbesteuer der Länder in den Steuervergleich ein, was Dr. Weissenfeld in einer zweiten Tabelle durchführt, so tritt klar zutage, daß die Konsumgenossenschaften nicht nur mehr Steuern zu zahlen haben als die übrigen Genossenschaften, sondern auch mehr als der private Einzelhandel. Die Konsumgenossenschaften zahlen für ihre über eine Million Reichsmark hinausgehenden Umsätze $\frac{1}{2}$ % mehr Umsatzsteuer als alle anderen Genossenschaften und privaten Gewerbetreibenden. Schätzungs-

weise zahlen die Konsumgenossenschaften Deutschlands infolge dieser Ausnahmebesteuerung jährlich rund 14 Millionen RM. Umsatzsteuern mehr.

Während alle andern Genossenschaftsarten regelmäßig, nicht nur in Preußen, sondern vor allem auch in Bayern, Baden, Württemberg und Sachsen von der Zahlung jeglicher oder einer teilweisen Gewerbesteuer freigestellt sind, unterliegen mit Ausnahme von Sachsen und Hamburg in allen Ländern die Konsumgenossenschaften einer gewerblichen Besteuerung. An dieser Tatsache wäre noch vorbeizukommen, wenn die Konsumgenossenschaften wenigstens nicht mehr Gewerbesteuer zu zahlen hätten als die privaten Gewerbetreibenden. Konsumgenossenschaften zahlen mehr Gewerbesteuer, weil in fast allen Ländern und auch in Preußen die Rückvergütungen (Rabatte) sämtlicher übrigen Genossenschaftsarten sowie der privaten Gewerbetreibenden gewerbesteuerfrei sind, wohingegen die Rückvergütungen der Konsumgenossenschaften in voller Höhe, oder doch soweit sie 5% übersteigen, als steuerpflichtiger Gewerbeertrag besteuert werden. Hinzu kommt noch, daß, errechnet nach den Zahlen für Preußen, rund 40% aller privaten Gewerbesteuerpflichtigen überhaupt keine Gewerbesteuer zahlen, wohingegen alle Konsumvereine, soweit sie nach dem Gesetz gewerbesteuerpflichtig sind, Gewerbesteuer zahlen müssen und auch zahlen. An der Tatsache der Steuerbenachteiligung der Konsumgenossenschaften in der Umsatzsteuer und den Gewerbesteuererlassen der Länder zum Vorteile des privaten Gewerbes kann auch der verrannteste Gegner der Konsumgenossenschaftsbewegung nicht vorbeikommen.

Bei einem Endvergleich aller Steuerarten ist das Ergebnis eine steuerliche Benachteiligung der Konsumgenossenschaften an Stelle einer steuerlichen Bevorzugung gegenüber dem privaten Einzelhandel. Sch.

Verbandsgebiet

Vertrauensmännerkonferenzen im 2. Bezirk

Die Lage der Metallarbeiter wird von Tag zu Tag ernster, die Not nimmt immer schlimmere Formen an. Die reaktionären Kräfte, die die Wirtschaftskrise für ihre dunklen Pläne ausnützen wollen, erheben immer

frecher ihr Haupt. Die Gewerkschaften sind in ihren Aufgaben auf das äußerste angespannt.

Der Metallarbeiterschaft drohen ernste Gefahren. Wir müssen uns mit diesen Gefahren beschäftigen, wir müssen eine Gegenwehr organisieren.



Theodor Mügge

XXIV.

„Beim heiligen Kreuz!“ schrie Suttin, „der mag dich von mir holen.“
„Still, Hans, es ist so geordnet“, fiel Eustach ein. „Christine ist mir anvertraut, und wird bei mir bleiben.“

„Bis Herr Florian kommt“, fiel sie ein.

„Bis er kommt, keine Stunde länger!“

Die Mienen des armen Mädchens wurden freundlicher; sie bemühte sich, Eustach dankbar anzublicken und dies gelang ihr um so besser, je mehr Furcht ihr der Herr von Sodenberg einflößte.

„Komm hierher!“ rief Suttin und streckte seine Hand nach ihr aus, „setz dich an den Tisch und trinke mir ein fröhlich Willkommen zu.“

„Ich wünsche Euch Heil und Segen, gnädiger Herr“, antwortete Christine zitternd, „doch erlaubt, daß ich gehe; wie könnte ich arme Magd Eure Gesellschaft sein.“

„Ei, du Hexe!“ schrie Suttin, „willst du folgen und gehorchen.“

Eustach hielt sie lachend in seinen Armen fest. „Komm und setz dich zu uns“, sagte er, „wir wollen dich beide darum bitten. Sast du nicht mit Florian Geyer oft beisammen gewesen?“

„Ja, mit ihm!“ antwortete sie hastig.

„Kun so denke, er wäre schon hier, ich wäre es, und er bäte dich bei ihm zu bleiben. Würdest du es ihm abschlagen?“

„Rein! nein!“ rief Christine und sah umher.

„Koch ist er nicht hier, lieb Kärrchen“, scherzte Eustach und legte seine Arme um ihren Leib, „aber er wird kommen.“

„Er wird mich nimmer verlassen!“

Die beiden Junker stimmten ein helles Lachen an. „Und Florian Geyer ist ein Mann, der Wort hält!“ rief Eustach, „also siehst du, liebe



In 6 großen Funktionärkonferenzen,

die am Sonntag, dem 19. Juni im Bereich des rheinischen Bezirks stattfinden, soll zu allen diesen Fragen Stellung genommen werden.

Die Konferenzen finden statt:

Für die Ortsverwaltungen Aachen, Stolberg, Eschweiler und Düren in Eschweiler, im Lokal „Zur Sängerkapelle“, Köthgener Straße, in der Nähe vom Hauptbahnhof. Referent: Landtagsabgeordneter Kollege Sebborn (Solingen).

Für die Ortsverwaltungen Bonn, Eifel und Siegburg in Beuel, im katholischen Vereinshaus, Ecke Josef- und Viktoriastraße. Referent: Kollege Henning (Stolberg).

Für den Mittelrhein in Engers, im katholischen Vereinshaus, Zindenburgstraße. Referent: Kollege Jugendleiter Köcher (Duisburg).

Für die Ortsverwaltungen Düsseldorf und M.Glabbad in M.Glabbad, im Lokale „Gemeinwohl“, am Alten Markt. Referent: Kollege Verbandssekretär Ungert (Duisburg).

Für die Ortsverwaltung Köln in Köln-Deutz, im Lokal „Rosenhof“, Deutz-Kalker Straße 27 (gegenüber der Kalk-Deutzer Badeanstalt). Referent: Schriftleiter Kollege Wieber (Duisburg).

Für die Ortsverwaltungen des Bergischen Landes, Wuppertal-Barmen, Solingen, Remscheid, Hilden und Velbert-Mettmann in Dohwinkel, im Lokale „Hotel zur Post“, gegenüber der Endstation der Schwebebahn. Referent: Bezirksleiter Schümmer (Köln).

Die Konferenzen beginnen alle morgens Punkt 10 Uhr. Fahrgehalt wird vergütet.

Tagesordnung in allen Konferenzen: „Unser Kampf gegen die dunklen Pläne der Reaktion und unsere wichtigsten gewerkschaftlichen Aufgaben.“

Auf diesen Konferenzen werden alle Funktionäre, Vorstandsmitglieder, Vertrauensleute, Betriebsratsmitglieder, Jugendführer, Vertreter in der sozialen Gesetzgebung sowie alle übrigen Mitarbeiter dringend erwartet.

Gefahren bannen, heißt Gefahren erkennen,
Gefahren erkennen, heißt Gefahren abwehren,
Gefahren abwehren, erfordert rüsten.

Das Rüstzeug wird uns gegeben am 19. Juni auf den Konferenzen.

Bezirksleiter Schümmer, Köln.

Limburg-Lahn meldet

Am 8. Mai hielt die Ortsgruppe Limburg und Umgebung eine gut besuchte Versammlung ab. Kollege Egenolf, Elz, führte den neuen Geschäftsführer, Kollegen-Schwerling (Frankfurt), ein. Daraufhin gab er den Geschäfts- und Kassenbericht bekannt. Durch Stilllegung fast sämtlicher Betriebe im hiesigen Bezirk wurden die Einnahmen von Monat zu Monat geringer, aber desto größer die Ausgaben an Unterstütungen.

Der Barerfolg, der zum Teil durch Kollegen Egenolf in Rechtsstreitigkeiten erzielt wurde, betrug für die Ortsgruppe Limburg rund 1500 RM.

Anschließend gab Geschäftsführer Kollege Schwerling in einem Vortrage Aufklärung über die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage, und schilderte dann die großen Aufgaben, welche dem Christlichen

Christine, du mußt bei uns bleiben, unseres Freundes Florian wegen, der ganz gewiß kommen wird. — Hier reiche ich dir ein volles Glas, das du auf sein Wohl leeren sollst. Mögen Florian Geyer alle seine Werke ebenso wohl gelingen und alles so gewiß sein, wie daß er dich aus Trimberg holt, und mögen wir nicht allzulange auf seinen Besuch warten.“

„So wird es geschehen“, sagte Christine.

„Trinke!“ rief Suttin, „und verdammt sei deine Zunge!“

Erschrocken leerte Christine ihr Glas, das Eustach wieder füllte. „Du hast den Junker Geyer gewiß sehr lieb?“ fragte er.

„Ja, lieber Herr, das tue ich“, antwortete sie, mutiger ausblickend.

„Dann ist es nur billig, Christine, daß du uns, die wir seine Freunde sind, auch lieb hast.“

„Wie es christlich Geseh ist“, antwortete sie demütig.

„Richtig, wie es evangelischen Brüdern geziemt“, sagte Eustach und nahm eine andächtige Miene an. „Wir gehören beide zur Bruderschaft, Schwester Christine, Suttin und ich.“

Suttin brüllte laut auf und schlug den Weinkrug auf die Tischplatte, daß diese bebte. „Stern und Donner!“ schrie er, „ein evangelischer Bruder, der die ganze Bruderschaft aufspießen möchte.“

„Dor Wonne!“ sagte Eustach. „Aber Florian Geyer ist heilig und fromm, wie ein Prophet. Nicht wahr, Christine?“

„Ja, lieber Herr, das ist er!“

„So trinken wir auf den heiligen Florian, Christine, daß er voll des heiligen Geistes werde und alle Verlassenen auf Erden erlöse!“

„Aus! aus!“ schrie Suttin. „Verdamnis über alle Propheten!“

Christine mußte wiederum trinken, und Eustach rückte näher heran und legte seinen Arm auf ihre Schulter. „Da fällt mir etwas ein“, begann er und sah sehr ernsthaft aus, „was ich dir nicht verschweigen kann, geliebte Schwester. Ich gerate in Zweifel, ob Florian Geyer wirklich kommen wird oder nicht.“

Metallarbeiterverband insbesondere dadurch entstanden sind. Auf Grund dieser Ausführungen forderte er alle Anwesenden auf, sich nicht in Kleinigkeiten zu verlieren, sondern durch Treue zum Verband und ständige Werbung die Reihen zu stärken.

Nach einer ausgiebigen Aussprache, welche auf beachtlicher Höhe stand, ging man zum Punkt Verschiedenes über.

Um die Agitation noch intensiver zu gestalten, wurde eine Erweiterung des Ortsgruppenvorstandes beschlossen. Gewählt wurden folgende Kollegen durch Applikation: 1. Vorsitzender und Kassierer: Kollege Egenolf, Elz; 2. Vorsitzender: Kollege Schwarz, Kleinholbach; Schriftführer: Kollege Ziegler, Limburg; Beisitzer: die Kollegen Knoth, Lindenholzhausen, und Demari, Dalsbach; ferner ein Jugendführer, Kollege Reichwein, Elz. Durch diese Zusammenführung und Änderungen hoffen wir auch im Limburger Gebiet trotz Wirtschaftskrise vorwärtszukommen.

H. Reichwein.

Basilekursus Sterkrade

Im Herbst vorigen Jahres hatte sich eine Anzahl unserer Jungkollegen zu einem Kursus für Treibarbeiten zusammengesunden.

Mit Begeisterung, aber auch mit Schwerefülligkeit ging man erst an die Arbeit heran. Arbeitsraum, Werkzeuge, Material, Vorkenntnisse und fachliche Führung waren fast nicht vorhanden. Trotzdem wurde mit Mut und Zuversicht das Werk begonnen. Der Ortsverwaltung gelang es, wenn auch mit vieler Mühe, alle diese Schwierigkeiten zu überwinden und bald wurden die ersten Gehversuche unternommen.

In stündlichen Unterrichtskursen wurden zuerst die zu Treibarbeiten notwendigen Vorgänge wie Schlichten, Ziselieren und Punzieren besprochen. Dann wurde das Zeichnen der auszuführenden Gegenstände, die Kenntnis der für die Treibarbeiten zu verwendenden Metalle und zum Färben und Kitten notwendigen Stoffe gelehrt.

In mehrstündigen Beratungen lernte man die Werkzeuge und ihre Handhabung kennen. Das war eine mühevollere, aber auch eine erfolgreiche Arbeit. Dann begann die Praxis. Manches wertvolle Kunststück entstand in stiller, unermüdlicher Kleinarbeit. So konnten wir es wagen, an einer Ausstellung teilzunehmen, die der Gesellenverein Sterkrade in der Zeit vom 9. bis 17. April 1932 der Öffentlichkeit zeigte.

Was dort unsere Metallarbeiter von ihren Fachkollegen der anderen Berufe sahen, war wirklich erstaunenswert, und lobend wurde von allen Metallhandwerkern neidlos neben allen anderen Facharbeiten, besonders die der Schreinerabteilung anerkannt. Aber auch sie waren stolz auf ihre Leistungen. Mehr als 50 Gegenstände handwerklicher Arbeit konnten sie zeigen und von allen Besuchern, u. a. auch vom stellvertretenden Direktor der Berufsschule und leitenden Personen des Arbeitsamtes, wurde Bewunderung über die geleisteten Arbeiten zum Ausdruck gebracht.

Kollegen,

**Die Reaktion ist auf dem Marsch!
Schließt die Reihen fester!**

„Zweifelt nicht daran, er kommt gewiß!“ sagte Christine.

„Wenn er es nicht vergißt, denn er hat wichtige Dinge zu denken. Weißt du, Christine, daß man sehr viel vergessen kann, wenn man verliebt ist?“

„Nein, gnädiger Herr“, erwiderte sie unschuldig.

„Nun, so weißt du vielleicht, daß Florian Geyer ein edles, schönes Fräulein heiraten will!“

„Auch das weiß ich nicht“, sagte sie ohne ein Zeichen von Verwunderung.

„Und daß er in Liebe nichts anderes denkt und sieht, als sie allein.“

„Möge Gott mit Glück und Segen bei ihm sein!“ sprach Christine freudig, da sie ihre Hände faltete.

„Fromme christliche Schwester! So betest du für ihn“, lachte Eustach. „Also stoße an auf das Glück des glücklichen Florian und auf die glückliche vornehme Braut!“

Vom Hofe herauf drang ein Lärm, wie ferne Stimmen, die durcheinander schrien und Eustach hielt einen Augenblick horchend inne.

„Was gibt es da?“ fragte Hans Suttin.

„Ein Janz unter meinen Kelterknechten! — Wir wollen dafür umso einiger sein, Christine. Sei ohne Sorgen. Wenn Florian Geyer dich vergiftet, gibt es andere, die umso treuer deiner gedenken.“

„Er wird mich nicht vergessen, gnädiger Herr“, antwortete sie.

„Umso besser, du artiges Mädchen, so wollen wir dich zusammen schützen und schützen und lieben und küssen!“

Sie entzog sich seinem Griff, der sie festhalten wollte, und floh von dem Tische.

„Bleib doch und erhöhe dich nicht!“ rief Eustach ihr nach. „Hast du dem ehrbaren Florian nicht mehr als einen Kuß gegeben? Meinst du, wir wären weniger wert, als er? Komm, kleine Sünderin, alle Schuld soll dir vergeben sein, aber lege eine aufrichtige Beichte ab.“

„Seid!“ schrie Suttin. „Mach keine langen Umstände, du sollst beichten!“

Umschau

Herr Schlenker irrt

Unser Verbandsorgan befaßte sich in Nr. 21 mit einem Artikel des Geschäftsführers des Langnamvereins, Dr. Schlenker: „Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskrise“ (Rhein- und Ruhr-Wirtschaftszeitung Nr. 19). Wir hatten in der Entgegnung bedauernd auf die Unrichtigkeit im Schlenkerschen Artikel hingewiesen, nämlich die Gewerkschaften für die Wirtschaftskrise allein verantwortlich zu machen. Herr Schlenker möchte diese unsere Feststellung nicht wahr haben und spricht in Heft 22 (Rhein- und Ruhr-Wirtschaftszeitung) von „Verdrehungen der Darlegungen“. Er habe auch noch andere Gründe für die Krise angegeben.

Der Ton macht doch letztlich die Musik, und in Herrn Schlenkers Artikel macht es die sehr geschickte Darstellung des Grundes der Wirtschaftskrise. Singeworfene Säbchen von Tribut und Steuern verbergen leider nicht den eigentlichen Sinn des Artikels, den Gewerkschaften die Schuld an der Krise zuzuschreiben. Oder was sagt denn der letzte Abschnitt in Nr. 19 des Schlenkerschen Artikels, der durch volle Pathetik sich dem Leser einprägen soll:

„Zurück zur Unternehmerfreiheit! Schluss mit der Gewerkschaftspolitik, die unsere Wirtschaft und das ganze deutsche Volk in Not und Elend gestürzt hat.“

Ist hier nicht ohne jede Einschränkung und mit einer Unbedingtheit, die keinen Zweifel mehr lassen soll, die alleinige Schuld der Gewerkschaften an der Krise deklariert? Herrn Schlenker dürfte es schwer fallen, bei einer solchen Präzisierung dem Leser plausibel zu machen, als ob eine einseitige Schuldverlagerung nicht beabsichtigt gewesen sei. Wenn Herr Schlenker in Nr. 22 „Rhein-Ruhr“ diese Einseitigkeit nicht mehr wahr haben möchte, so freut uns das; aber das hindert nicht, auf die falsche Darstellung in seinem ersten Artikel hinzuweisen. W.

Mehr Klarheit und Mut von den evangelischen Arbeitskollegen

In evangelischen Gemeindeblatt für Bielefeld (Nr. 21, 1932) beschäftigt sich ein Artikel mit einer Tagung der Freidenker-Versammlung in Bielefeld, und man zitiert dabei Berichte aus der Volkswacht vom 9. 5. 32. Es wäre sehr nützlich gewesen, den Bericht einer weiteren Kritik und gewissen Forschung vom evangelischen Standpunkt aus zu unterziehen. Man hätte dann entdecken müssen, daß die Versammlung der Freidenkerführer auch begrüßt worden ist von dem Vertreter der „freien“ Gewerkschaften, Herrn Gubag, und als Vertreter des Bezirksvorstandes der sozialdemokratischen Partei für das östliche Westfalen begrüßte Poggenklas. Was haben wir als evangelische Menschen endlich zu erkennen? Der evangelische Volksteil, soweit er sich noch als kirchentreu bekennt, glaubt in der Gewerkschaftsfrage neutral zu sein, das heißt, es ist uns eben alles gleichgültig, wo die evangelischen Arbeitnehmer organisiert sind, während aus dem Bericht deutlich hervorgeht: Freidenkerbewegung, freie Gewerkschaften und Sozialdemokratische Partei Deutschlands sind voll-

ständig eins, also einig und geschlossen. Wir Evangelischen erkennen die Gefahr unserer eigenartigen Duldsamkeit nicht. Noch unlängst schrieb man in einem evangelischen Blatt ganz deutlich über Gewerkschaftsfragen:

„Gefährlich ist unsere Neutralität in der Gewerkschaftsfrage... auch in ihr gilt's: prüfen, entscheiden, und dann mit männlicher Entschlossenheit kämpfen für das Rechte, Wahre. Unsere Zeit braucht ganze Männer, Charaktere, Persönlichkeiten — zu ihnen wollen wir uns, wollen wir unsere Mitglieder immer mehr erziehen, und darum fort mit der „Neutralität“! Fort mit aller Lassetreterei, die deutscher, evangelischer Männer so unwürdig ist!“

Es war schon vor 20 Jahren so, daß wir nicht erkannt haben, mit welcher Eigenartigkeit sich die evangelischen Arbeitnehmer behandeln lassen. Was schrieb doch einmal die Dortmunder Arbeiterzeitung:

„Welche Freude würden die Zentrums-Hauptlinge an solchen Lumpenknechten haben, wie diese evangelischen Arbeitervereiner sein wollen, die sich vor dem „Herrn“ (dem Irdischen, nicht dem himmlischen!) jörmlich im Staube wälzen und, frei nach Selne, zu winseln scheinen:

Wir Sünde langwellen uns auf der Straß'
Und fleh'n dich an untertänig,
„Gib uns einen Fußtritt, o Herr, das wird
Uns erfreuen und ehren nicht wenig!“

Oder sollte dies noch nicht genügen, so hat der „Vorwärts“ einmal geschrieben:

„Die Stöckerleute, die nicht leben und nicht sterben können, gedachten unter den Armen an Geist, die in den evangelischen Arbeitervereinen versammelt sind, ergiebige Ernte zu halten.“

Es ist die Frage einmal aufzuwerfen, können sich die Dinge mit unserer Gleichgültigkeit im evangelischen Lager so weiter entwickeln, oder ist es nicht höchste Zeit, zu erkennen, wohin die Fahrt geht?! Es wäre für das gesamte evangelische Leben besser gewesen, wir hätten von Haus aus in der großen einheitlichen Parole gelebt: „Sine in die christlichen Gewerkschaften und dort mit hohen Idealen für das große nationale Ziel in voller Geschlossenheit mitzuarbeiten, dann sähe es in vielen Dingen auf sozialen, wirtschaftlichen und arbeitsrechtlichen Gebieten in der evangelischen Arbeiterwelt anders aus. Noch ist es vielleicht Zeit, daß in unserer deutsch-evangelischen Arbeiterschaft ein restloses Besinnen kommt, indem sie ihre Doppelseitigkeit aufgibt, das heißt, Sonntags vormittags vielleicht 5 Pf., oder gar einen abgedrehten Soßenknopf in den Klingelbeutel, und vielleicht ein paar Minuten später opfert man 1,50 RM und noch mehr Wochenbeitrag für die „freien“ Gewerkschaften! Entspricht dieses hohe Opfer einer inneren, ehrlichen Ueberzeugung!

Also, wir sehen, es ist hohe Zeit, daß wir uns endlich besinnen, wollen wir ganze Menschen sein, oder in Halbheiten der Sozialdemokratischen Partei und ihren treuen Verbündeten, sei es Gewerkschaften, Sport, Genossenschaftsbewegung usw., dienen. B. H.

Abermals entstand ein Geschrei, das vom Burgtore herzukommen schien, welches das innere Schloß von dem Außenwerk trennte, aber es verstummte schnell wieder. Eustach, der aufgestanden, beachtete es nicht, sondern wandte sich gegen seine Gefangene und rief ihr lachend zu: „Ich glaube gar, du willst weinen und dich fürchten? Ich bin dein bester Freund, Christine. Sätze ich dich nicht hierhergebracht, so würde das heilige Gerich in Würzburg dich eingesperrt haben, deiner Kehererei wegen. Dann säßest du jetzt in einem finsternen Loch bei Wasser und Brot, und wie würde die Büßpeltsche dein zartes Fleisch zergernein! Hier bist du sicher, und wir vergeben dir alles. Laß Florian Geyer laufen: „Jf mein Wort, er will nichts mehr von dir wissen!“

„Saltet ein, Herr!“ sagte Christine, „ich wußte es wohl, daß Ihr mich betrogen habt.“

Eustach blieb einen Augenblick stehen. Der stolze Ritter wollte den Vorwurf des armen Mädchens verhöhnen, aber es war etwas in ihrem Gesicht, das ihn daran hinderte. Die Blicke, welche sie auf ihn heftete, waren nicht furchtsam und flehend, sondern fest und drohend, und ihre Mienen so stolz, daß sie ihn verlegen machten.

Doch diese Umwandlung ging vorüber. „Ich betrüge dich nicht, du Schelm!“ antwortete er, „aber dein treuer Florian hat dich betrogen.“

„Das lügt Ihr, und alles ist erlogen!“ rief Christine laut.

„Doch Delten!“ lachte Eustach, „soll ich dich bändigen?“

Er fing ihre Hände; sie blieb ruhig. — „Willst du nun gehorchen?“ sagte er. „Schrei nicht auf, hier ist keiner, der dir hilft!“

„Gott ist überall und sieht alles!“ sagte Christine.

„Salte uns keine Predigt, kleine Predigerin. Laß sehen, wer sehen will, möchte es Florian Geyer selbst sein.“

Ein Schrei Christinens unterbrach ihn. Er sah die Tür aufliegen, eine hohe dunkle Gestalt mitten darin. Es schien ein Bauer zu sein, denn er trug einen groben Bauernrock, darüber ein Koller und auf dem Kopf einen Sturmhut. Aber das Gesicht, das darunter hervorschaute, ähnelte Florian Geyer, doch hatte Eustach nicht Zeit, es länger



zu bedenken. Ein Arm schwebte über ihm, der auf ihn niederfiel wie ein eiserner Hammer. Mit unwiderstehlicher Gewalt wurde er von Christine fortgeschleudert; seine Hände ließen los, um sein Gehirn wirbelnden Flammen, so taumelte er ein paar Schritte und stürzte bewußtlos zu Boden. (Fortsetzung Seite 359.)

Wirtschaft-Technik

Nummer 6

Duitsburg, den 11. Juni 1932

Nummer 6

Aus der Schwarzwälder Uhrenindustrie

Die Geschichte der Schwarzwälder Uhrenindustrie zählt mit zu den interessantesten Schilderungen aus dem Verdegang der deutschen Industrie überhaupt. Viel Romantik ist in ihr enthalten. Eine Industrie, entstanden einst fast aus dem Zufall heraus, auf den Höhen des Schwarzwaldes, dessen Berge, mit den hohen schlanken Tannen bewachsen, so viel naturhafte Poesie entströmen. Wie so echt und kernig die alten Schwarzwälder sind, so ist auch die Schwarzwälder Uhrenindustrie so ganz aus dem Volke hervorgegangen. Mehr als farg ist die Ergiebigkeit des Bodens auf dem hohen Schwarzwald. Darum auch ein Sinnen und Trachten nach weiteren Erwerbsquellen.

Wir wüßten wenig über die erste Periode einer Uhrenherstellung im Schwarzwald, wenn sich nicht zwei frühe Schriftsteller gefunden hätten, die uns über die erste Zeit ihrer Entwicklung berichten. Es sind dies der Abt Steyrer vom ehemaligen Kloster St. Peter, der im Jahre 1796 in einer Schrift: „Geschichte der Schwarzwälder Uhrmacherkunst nebst einem Anhang von dem Uhrenhandel derselben“ darüber berichtete, sowie Domkapitular und Pfarrer Jäck von Triberg im Jahre 1808 und 1826 in einer „Darstellung der Industrie und des Verkehrs auf dem Schwarzwald“. Voll Bewunderung berichten sie uns über das technische Können und Fortschreiten der Schwarzwälder Bauern-Fabrikanten.

Abt Steyrer datiert den Ursprung der Schwarzwälder Uhrmacherei schon um das Jahr 1660 und nennt als erste Uhrmacher die Kreuze auf dem Glashof in der Vogtei Waldau der Herrschaft St. Peter. Auch in dem weiter nach Nordosten gelegenen, damals württembergischen St. Georgen soll nach Steyrers Angabe schon am Ende des 17. Jahrhunderts ein Uhrmacher namens Simon Henninger geessen sein. Der zufälligen Veranlassung zum Entstehen der Schwarzwälder Uhrmacherkunst soll folgender Vorgang zugrunde liegen: Der Abt von St. Peter hatte im Dorf Reulich am Fuße des Hochbergs eine Glashütte anlegen lassen. Hausierer vertrieben von da aus das Glas. Ein solcher Glashändler brachte wahrscheinlich aus Böhmen eine hölzerne Stundenuhr mit und hing sie in der Glashütte auf. Diese Uhr war in hohem Grade unvollkommen. Sie hatte nur einen Zeiger, eine Unruhe nach Art der Taschenuhren und drei Räder, alles roh aus Holz geschnitten. Der Perpendikel war damals noch nicht bekannt. Diese einfache Nachart ermöglichte eine Nachahmung. Die neugierigen Nachbarn ruhten nicht eher, bis sie mit Messer, Feile und Bohrer ähnliche Uhren zustande gebracht hatten. Bald beschäftigten sich einzelne Männer ausschließlich damit, gründeten eigene Werkstätten und gaben den Hausierern, die mit dem Glase ins Ausland gingen, die Uhren mit. Es müssen unter den ersten Uhrmachern äußerst denkende Köpfe dabei gewesen sein. In wenigen Jahren bildeten sie die Uhren zu der sogenannten Form und Konstruktion der bekannten alten Schwarzwälder Uhr aus, sie fertigten sehr komplizierte Planeten- und Figuren Uhren, ja sogar Taschenuhren von Holz. Jäck zählt für das Jahr 1740 bereits 31 solcher unsprünghcher Meister auf, die sich in die verschiedensten Ortschaften verteilten, jeder eine Art von Musterwerkstatt bildete, in der Schüler herangezogen wurden. Ihre Werkzeuge erfanden die Meister größtenteils selbst. Der Spindelbohrer, die Teilscheibe, das Zahn- geschirr, legen auch hier sehr vorteilhafte Zeugnisse für ihre technische Erfindungskunst ab. In diesen Bemühungen zeichnete sich besonders Friedrich Dilger aus, der mit Uhren nach Paris ging, um dort die Werkzeuge der Uhrmacher kennenzulernen. Dem Benediktinerpater und Professor Thaddäus Rinderle in Freiburg gelang ebenfalls eine wesentliche Verbesserung der Werkzeuge.

Es entwickelte sich alles aus dem Primitivsten heraus. Das Material war Holz und das Werkzeug zunächst ein einfaches Schnitmesser. Etwa 1720 kam es zur Einführung des Pendels.

Die bis dahin nicht sonderlich genau gehenden Uhren erhielten damit eine gewisse Genauigkeit. In rascher Folge kamen alle großen Verbesserungen, die der Schwarzwälder Uhr Gesicht und Gestalt gaben, wie wir sie aus den Zeiten der Großeltern noch kennen. In Verbindung mit der technischen Entwicklung hatte sich auch eine, den damaligen Verhältnissen entsprechende Absatzorganisation entwickelt. Alljährlich, zu Beginn des Sommers, zogen die zahlreichen „Packer“ mit ihrer Kreze auf dem Rücken weit über die Landesgrenzen hinaus, um die im Winter gefertigten Uhren im In- und Ausland zu verkaufen. Obgleich die Uhrmacherei damals in erster Linie Heimindustrie war, zog dennoch bereits das Prinzip einer reichlich angewandten Arbeitsteilung ein.



Am Ende des 18. Jahrhunderts stand die Uhrmacherei des Schwarzwaldes in hoher Blüte. In alle Welt gingen die Schwarzwälder Uhren. Am Beginn des 19. Jahrhunderts steht nun ein Abstieg. Verursacht wurde dieser durch das Aufkommen des aus Wien stammenden Regulators und insbesondere der sogenannten Amerikaner-Uhr. Diese war vielfach mit einer Werkvorrichtung ausgestattet und wies vor allem statt der Gewichte einen Federzug auf. Das Entscheidende war aber die Tatsache, daß die ganze Konstruktion dieser Amerikaner-Uhr nach den Gesichtspunkten einer fabrikmäßigen Massenherstellung vereinfacht und verbilligt war. Dies und die ablehnende Starrköpfigkeit des alten Schwarzwälder Uhrmachers waren die Ursachen des raschen Vordringens der Amerikaner-Uhr in die Absatzgebiete der Schwarzwälder Uhr. Deshalb konnten auch staatliche Stützungsaktionen und das Heranziehen künstlerischer Kräfte, den Niedergang der alten Schwarzwälder Uhrmacherkunst nicht aufhalten.

Mit Unterstützung der württembergischen und badischen Regierung wurde vielfach versucht, durch Einführung der Strohhutflecherei der Bevölkerung einen neuen Erwerbszweig zu schaffen. Es ist nun merkwürdig, daß in dieser Zeit des Niedergangs der alten Schwarzwälder Uhrenherzeugung und aus der Strohhutindustrie ein Mann kam, ebenfalls ein einfacher Schwarzwälder, der mit klarem Blick die ungeahnten Möglichkeiten erkannte, die in einer weiteren Entwicklung der Amerikaner-Uhr lagen.

Dieser Schwarzwälder war Erhard Junghans, der in der Strohhutindustrie als Kaufmann tätig war. Und wie Erhard Junghans, der bisher der Uhrenindustrie fernstand, es vermochte, dieser im Schwarzwald neuen Grund und Boden zu geben, so ist vergleichsweise interessant, zu vermerken, daß die damals so mächtig gewordene amerikanische Uhrenindustrie ihre Entwicklung einem

findigen Kopf aus der Schweizer Taschenuhrenindustrie namens Ingersoll verdankte. Dieser hat es verstanden, die Uhrenindustrie auf den günstigen Nährboden der damals aufstrebenden nordamerikanischen Wirtschaft zu verpflanzen. Wirkte hier so der Sachmann Ingersoll befruchtend auf eine fachkundige Arbeiterschaft, so regte hier im Schwarzwald der praktische Blick des berufs-fremden Erhard Junghans die alt ansässige Facharbeiterschaft

zu nie geahnten Höchstleistungen auf dem Gebiete der Uhrenfabrikation an. Auf diese Entwicklung ist es auch zurückzuführen, daß der württembergische Schwarzwald, vor allem die Plätze Schramberg und Schwenningen, der ursprünglichen Heimat der Uhrenindustrie im badischen Schwarzwald den Rang abgelassen hat und das Schwergewicht weitaus nach hier verlegt wurde. (Fortsetzung folgt.)
Karl Gengler, Stuttgart.

Auflöten von Hartmetallschneiden auf Schäfte



Sehr oft kommt der Fall vor, daß sich aufgelötete Schneiden an Stählen und anderen Werkzeugen nach längerem Gebrauch lösen. Schuld daran sind meistens die beim Auflöten entstandenen Fehler. Ein derartiger Fall (vergl. Figur 1) zeigt, wie sich durch solche Fehler die Schneide auf einem Spitzstahl nach längerer Verwendung zu Dreharbeiten gelöst hat. Die dem Schaft noch anhaftende Löttschicht zeigt nach dem Lösen der Schneide folgendes Bild: An der Spitze war zwischen Schaft und Schneide überhaupt keine bindende Löttschicht vorhanden, sie waren beide verzundert. Erst weiter rückwärts stieg sie langsam an, verstärkte sich immer mehr; ihr Querschnitt war keilförmig und war in diesem Zustande den Drücken, die bei der Zerspaltung entstehen, nicht gewachsen.

Wie ist der Fehler zu erklären? Wie ist er entstanden? In kurzen Worten gesagt: Er ist auf nachträgliches Aufstreuen des Borax zurückzuführen. Wieso?

Es hat sich bei der Vorwärmung von Schaft und Schneide — damit der Borax beim Aufstreuen haften bleibt — die Spitze an beiden überraschend schnell erwärmt, es bildete sich Zunder, der später aufgestreute Borax konnte beide, weil durch die vorzeitige übermäßige Erwärmung die Temperatur, die zur Desoxydierung nötig ist, überschritten war, von der Oxidschicht nicht mehr reinigen. Dieser Umstand wurde nicht beachtet, es erfolgte an der Spitze keine Bindung, im Gegenteil, durch das Lot entstand auch noch ein Fehler, es sammelte sich nach rückwärts — durch die schräge Lage des Stahles im Feuer — in größerem Maße an. Daraus erklärt sich der keilförmige Querschnitt der Löttschicht. Diese überflüssige Lötmenge konnte auch später nicht durch das rein gefühlsmäßige Anpressen der Schneide an den Schaft entfernt werden. Und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die durch den reichlich aufgeworfenen Borax entstandene Schlacke nicht sichtbar war.

Einen solchen Fall, bei welchem sich auch die Schneide löste, zeigt Fig. 2, jedoch zeigt der Querschnitt der Löttschicht hier ein anderes Bild. Hier war die Schneide überall mit dem Schaft durch die Löttschicht gebunden, nur hat sich dann die allzudicke Schicht nachteilig gezeigt.

Der von oben kommende Druck während der Zerspaltung hat in ihrem Querschnitt eine Formveränderung hervorgerufen, die dann zur Lösung der Schneide geführt hat. Zur Begründung dieser Annahme muß gesagt werden, daß die aus Kupfer bestehende Löttschicht — weil zu dick — von dem Druck zusammengepreßt wird. Sie liegt zwischen zwei Materialien, die härter sind als sie; ihre Formveränderung hat zur Folge, daß die starre Schneide — vorn am Schnitt — nach unten auf den Schaft gedrückt, während sie sich am hinteren Teil losreißt.

Unter günstigen Umständen, bei einem konstant bleibenden Spanndruck, können Werkzeuge mit solchen Löttschichten eine längere Lebensdauer haben. Aber vielfach wechselt der Spanndruck durch vorstehende Ansätze oder Umbrechungen im zu bearbeitenden Werkzeug. Es sei dabei nur an die noch stehengebliebenen Reststücke der an gegossenen Werkstücken vorhandenen Trichter und Steiger gedacht. Der durch plötzliche Vergrößerung des Spanns entstandene Druck wirkt schlagartig auf die Schneide, woraus sich dann die nachteiligen Folgen erklären.

Es gibt also verschiedene Ursachen, die zur Verkürzung der Lebensdauer eines Werkzeuges beitragen.

Sollen solche Fehler ausgeschaltet werden, dann ist es angebracht, beim Löten ganz planmäßig vorzugehen. Schon der Borax ist — bevor das Werkzeug dem Feuer übergeben wird — zwischen Schaft, Schneide und Lot beizugeben. Er wird zu diesem Zwecke mit Wasser zu einem Brei angerührt, als Lot wird ein dünnes Kupferblech von 0,2—0,3 mm verwendet. Das Ganze, Schaft, Schneide und Lot, wird mit einem dünnen, 1 mm starken Draht, zusammengebunden (vergl. Fig. 3).

Die Verwendung eines solchen Boraxbreies ist zweckmäßiger als das Aufstreuen des Boraxes, weil sich hierbei die Menge genau bestimmen läßt. Jede überflüssige Schlackenmenge wird vermieden, die Lage der Schneide auf dem Schaft ist daher gut sichtbar. Gewöhnlich muß diese Lage geprüft werden, und eine eventuell noch nötige Korrektur ist dann leicht vorzunehmen.

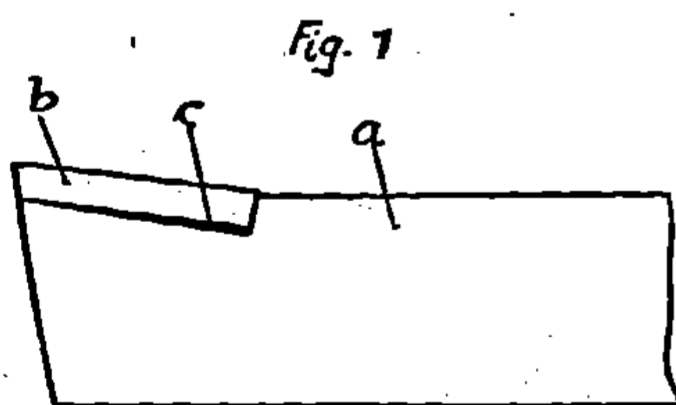
Im Gegensatz zum aufgestreuten Borax kommt hier dessen Schutzschicht bei Erwärmung von innen und folglich viel schneller an Ort und Stelle als wenn der Schmelzfluß von außen nach innen dringen muß.

Alle zu lötenden Stähle werden derart vorbereitet, dann erst beginnt die Arbeit am Feuer. Beim Löten selbst ist besonderer Wert auf eine waagerechte Lage der Lötstelle im Feuer zu legen. Der Stahl wird deshalb an einer Seite unterbaut, bis die Schneide waagerecht liegt. Bei deren schrägen Lage läuft das flüssige Lot nach dem niedrigsten Punkt; das kann für die Lötung nachteilige Folgen haben.

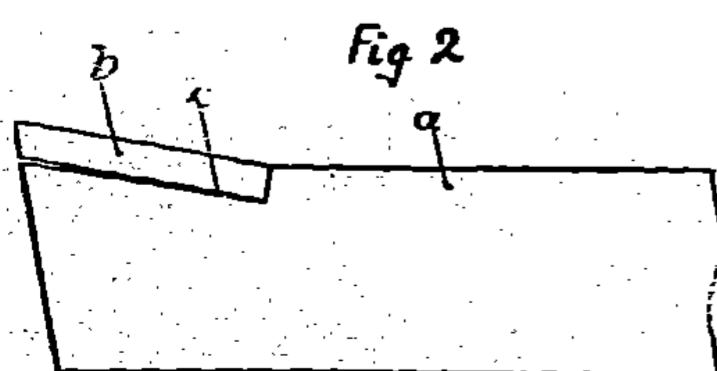
Nach der Schmelzung des Lotes wird der Stahl aus dem Feuer genommen und auf die Schneide zur Herausquetschung des überflüssigen Lotes ein stärkerer Druck ausgeübt. Dieser kann mit irgendeinem Gegenstand oder mit einem in Fig. 3 dargestellten Schraubstock ausgeübt werden. Die Backen des Schraubstockes sind mit Ausparungen zu versehen, in die sich der Draht, mit welchem das Ganze gebunden ist, legt. Ferner ist noch bei Verwendung eines Schraubstockes die Fläche am Schaft — der Schneide gegenüber — so zu bearbeiten, daß sie genau parallel mit jener läuft.

Bei einer guten Lötstelle ist die Löttschicht so dünn wie möglich. Eine solche verbürgt für lange Lebensdauer, weil der bei der Zerspaltung entstehende Druck unmittelbar von der Schneide auf den Schaft übertragen wird.

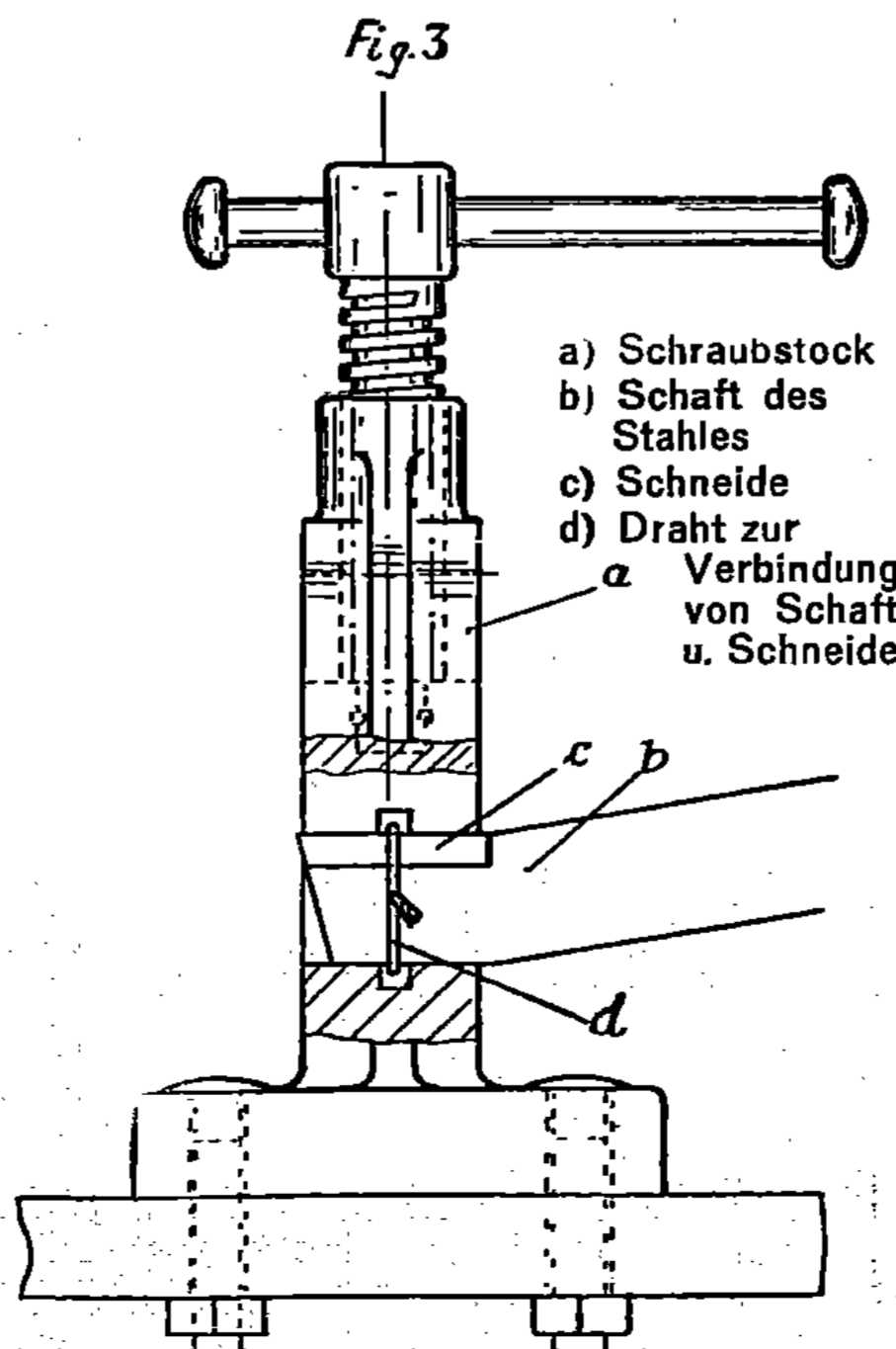
Adolf Schüle, Speyer.



a) Schaft, b) Schneide, c) Löttschicht



a) Schaft, b) Schneide, c) Löttschicht



a) Schraubstock
b) Schaft des Stahles
c) Schneide
d) Draht zur Verbindung von Schaft u. Schneide

Ein neues Universalzeichengerät

Mas der Erfinder, Herr Dr.-Ing. Seehase, hier aus einem Stück glaslares Zellhorn gemacht hat, ist wirklich erstaunlich — und sehr erfreulich für jeden, der häufig Zeichenarbeit zu leisten hat. Allein schon die Tatsache, daß hier der 30° und der 45°-Zeichenwinkel in einem Gerät vereinigt sind, würde Empfehlung genug sein. Damit fängt aber der Arbeitsbereich dieses Instrumentes (Bild 1), das die Bezeichnung: Universal-Zeichengerät mit wirklicher Berechtigung trägt, gerade erst an. Auch sämtliche andere Winkel von 0°—90° können (s. Bild 2) von Grad zu Grad erzeugt werden, dabei wird das Anreißen, da Lochmarken verwendet werden, sicherer und genauer ausfallen als mit dem üblichen Winkelmesser. (Für die Steigungen 1:10 und 1:20 sind gesonderte Marken vorhanden.) Natürlich ist auch eine 10 cm lange mm-Teilung vorhanden. Eine Reihe von Kreisshablonen ermöglicht das Zeichnen von Kreisen ohne Zirkel, ebenso sind für alle gebräuchlichen Rundungsbögen Schablonen zum Auffinden des Mittelpunktes vorhanden. Wertvoll sind die Schrafflermarken (s. Bild 3), die in einfachster Weise die Erzeugung einer feineren und gleichmäßigen Schraffur ermöglichen.

Es ist fast unmöglich, irgendein Stück Kante zu finden, das nicht — zum Teil in geradezu raffinierter Weise — für irgendeinen Zweck ausgenutzt ist. So ergeben z. B. die Einschnitte zwischen den Rundungsbögen die genormten Schalt- und Bearbeitungszeichen. Die Anordnung der Kreisshablonen (Bild 1, links unten) ist so getroffen, daß sie die Linatur für sieben Normschriftgrößen anzureißen gestatten, usw.

Das ganze famose, auch in seiner Ausführung ansprechende kleine Gerät heißt „Zweck-Loch“, System Dr. Seehase. Da sein Preis mit 2,80 RM in Anbetracht der Fülle des Gebotenen recht bescheiden zu nennen ist, möchten wir seine Anschaffung jedem Sachmann empfehlen. Hersteller ist die Firma Gabriel, Großschönau (Sachsen).

Wiedergabe:
Maßstab 1:2,5

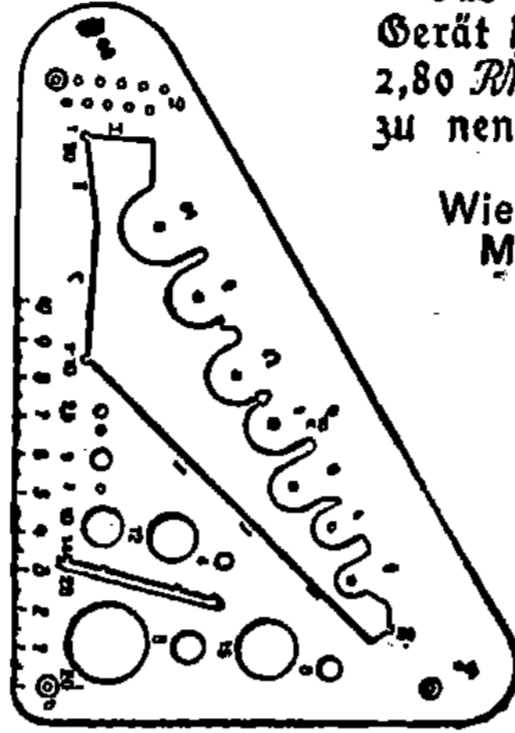


Bild 1

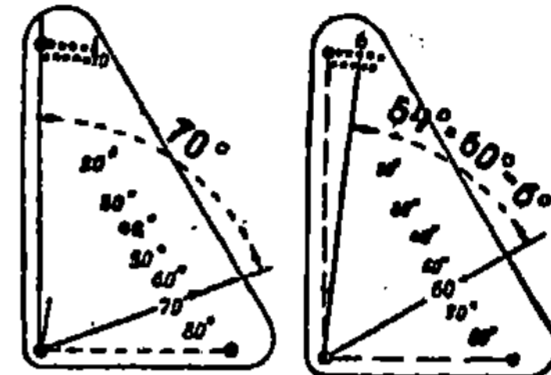


Bild 2

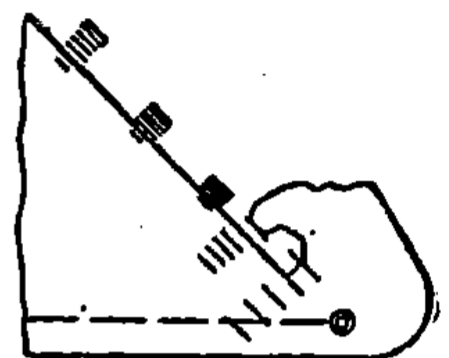


Bild 3

Verminderung von Rundfunk-Empfangsstörungen

II.

Ein ganz besonderes Kapitel bilden die sogenannten Straßenbahnstörungen, die die Entwicklung des Rundfunks ganz gewaltig hintangehalten haben. Sie treten meist besonders stark in der Nähe der Haltestellen und dort auf, wo die Wagen ohne Motorenkraft bergabfahren. Sind die Störungen nur leichter Natur, so wird die Verlegung der Antenne senkrecht zur Richtung des Straßenbahn-Oberleitungsdrahtes und die Verwendung eines vom Boden gut isolierten Gegengewichts an Stelle der Erdung eine Aenderung bringen. In anerkannter Weise hat man meist durch Einbau geeigneter Strombügel am Fahrdrachtsystem die Störungen unterbunden.

Wir kommen nun zu einer Gruppe von Störungen, die sich ziemlich verbreitet haben, aber jetzt im Rückgange begriffen sind, nachdem ein energischer Kampf gegen sie ergriffen worden ist. Es handelt sich um die Störungen durch Hochfrequenz-Seil-Apparate, elektrische Klingeln, Lichtschalter, Motoren und Polwechslер bzw. Pendelgleichrichter. Diese Störungen betreffen meist nur einen kleineren Kreis von Teilnehmern, können diesem aber dafür den Empfang ganz gründlich verleißen. Natürlich muß zur Anbringung der Störbeseitigungsmittel stets die Zustimmung der Besitzer dieser Apparate eingeholt werden, sofern diese nicht selbst Abhilfe schaffen wollen. Kluges Verhandeln und gütliche Einigung der Beteiligten führen dabei immer schneller und besser zu einem Erfolg als grobe Briefe und Widerspenstigkeit. — Die Abhilfemaßnahmen gegen Störungen durch Hochfrequenz-

Florian Geyer

(Fortsetzung von Seite 356.)

Hutten sprang mit einem Fluche vom Tische auf, doch rührte er sich nicht zum Widerstande, denn was er erblickte, mußte ihn überzeugen, daß dieser vergebens sein würde. Das Schloß war von einer Rote Bauern überfallen und kein Zweifel, daß dies Florian Geyer sei, der sich an ihre Spitze gestellt hatte. — Männer mit wilden, rachgierigen Gesichtern drängten sich in den Saal. Ein Löwenmähniger, riesiger Gesell hielt Christine in seinem Schutze, mit ihm ein fast noch knabenhafter, junger Bursche, der fröhlich jubelnd sein Schwert schwang. Hinter Florian sammelten sich Menschen mit Spießen und Sandrohren, Armschienen und Hellebarden; Hutten erkannte darunter den Klausner vom Euzichsturm, der ihn mit gefährlichen Blicken betrachtete.

Die Streitart in der Hand, mit deren Stiel er den Amtmann zu Boden geschlagen, trat Florian Geyer vor Hans Hutten.

„Ich möchte dir tun, wie diesem dort“, sagte er, „denn du verdienst es nicht minder.“

„Ist das ein ritterlich Werk!“ fragte Hutten.

„Kennst du deine schändlichen Werke sol!“ rief Florian voll Verachtung, „die das ritterliche Kleid zur Schande machen, eure Häuser zum Schaden aller Menschen, euch selbst zum Schrecken und zur Geißel Gottes! Geh und melde es der Ritterschaft in Würzburg, daß ich hier war, und warum ich kam; melde es ihnen, daß ich mein ritterlich Kleid wegwarf und ein Bauer wurde, da ich es nicht länger in Ehren tragen konnte, deiner und deinesgleichen wegen. Für die christliche Freiheit, für Recht und Wahrheit bin ich aufgestanden und will mein Werk tun. Du aber hüte dich, wenn wir uns wiedersehen.“

Er wandte sich von ihm ab, und Christine fiel vor ihm nieder, hob inbrünstig stumm ihre Arme zu ihm auf und blickte ihn wie ein göttlich Wesen an. Er zog sie empor und küßte ihren Mund. Ein Strom Tränen verdunkelte ihre Augen, als sie ihn mit Festigkeit umklammerte. Florian warf einen Blick voll Zorn und Abscheu auf den blutenden,

leblosen Mann zu ihren Füßen, dann trug er sie in seinen starken Armen hinaus.

In der Burg währte der Lärm fort. Die Gefangenen, welche die Gefängnisse verwahrten, wurden befreit. Plötzlich zuckte ein Lichter Schein in den Saal. — Feuer! schrie das klagende Gesinde voll Angst und Jammer. Der hohe Turm brannte; eine Säulensäule stieg zu dem Himmel auf, füllte das Tal mit roter Tageshelle und wandelte den Fluß in Blut.

* * *

Albrecht Dürer war mit verdüstertem Gemüt und fränkisch nach Nürnberg zurückgekehrt. Der schlagartige Anfall, den er in Würzburg gehabt, und die Aufregungen, welchen er dort sich hingegeben, ließen

Nachwehen zurück, die nicht leicht überwunden wurden. Sein tief empfindendes Herz nahm lebhaften Anteil an den Ereignissen und das Schicksal so vieler lieben Freunde machte ihm bittere Sorgen. Und schnell folgten sich die schreckenden Nachrichten über den großen Zustand, der nun von allen Seiten losbrach und in Nürnberg seinen dumpfen Widerhall fand. Es durfte der Rat zwar mit Hilfe der vielen angesehenen und reichen Bürger und Kunstmeister sicher sein, daß keine Empörung ausbrechen konnte, aber in der Volksmasse garte es, und die Volksache fand nicht wenige eifrige Freunde. Der Rat war daher nicht ohne Sorgen, er verdoppelte seine Wachsamkeit, er-

Albrecht Dürer



Heilapparate sind in Abb. 1 dargestellt. Um den Hartgummigriff des Apparates wird ein kräftiges Kupferblech herumgebogen. Auf einer Seite soll dabei ein Luftspalt von etwa 3 Millimeter bleiben. Von diesem Blech führt man ein Stück Litzendraht zu einem zweiten Kupferzylinder. Außerdem verbindet man diesen Kupferzylinder über einen durchschlagsicheren Blockkondensator von etwa 2 Mikrofarad mit dem geerdeten Ast der Lichtleitung. Bei Benutzung des Bestrahlungsapparates hat der Benutzer dann nur die beiden Kupferzylinder zu umfassen. Diese Berührung ist ungefährlich und verhindert die Störungen der benachbarten Rundfunkhörer.

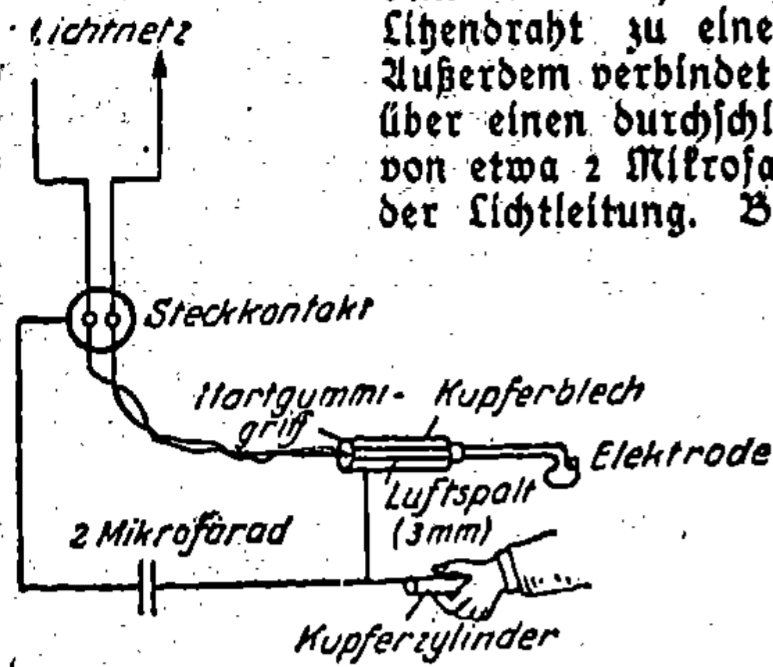


Abb. 1. Hochfrequenzheilapparate.

Noch einfacher ist die Beseitigung der durch die elektrische Klingel und die Klingelleitung ausgehenden Störungen. Man überbrückt die Unterbrechungsstelle der Klingel mit einem Blockkondensator von 2-4 Mikrofarad, und die Störung ist beseitigt. (Abb. 2).

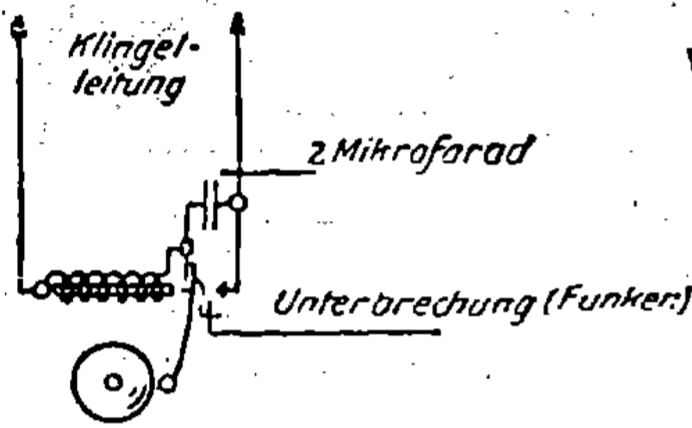
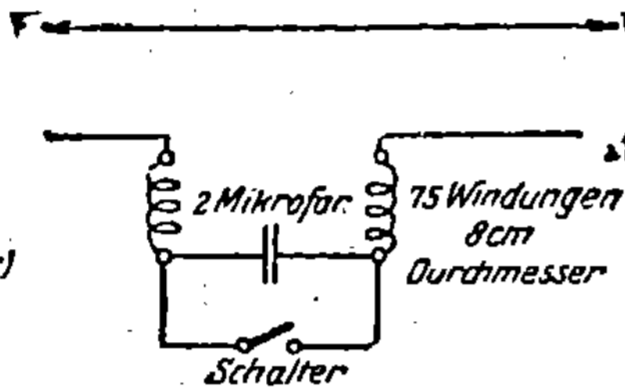


Abb. 2. Elektrische Klingel.

Lichtschalter können bei häufigerer Benutzung ebenfalls als Rundfunkhörer wirken. Die Hilfsmittel hiergegen sind in Abb. 3 dargestellt. Man schafft durch einen Blockkondensator von etwa 2 Mikrofarad den durch den Schaltfunken entstehenden Schwingungen einen bequemen Kurzschlußweg und verhindert außerdem durch zwei Hochfrequenzdrosseln ihr Vordringen nach der Leitung. Die Hochfrequenzdrosseln stellt man dadurch her, daß man etwa 75 Windungen Draht auf einen Pappzylinder von etwa 8 Zentimeter Durchmesser aufwickelt. Die Dicke des Drahtes richtet sich nach dem Strom, der durch die Drossel maximal fließt. Die Drosseln müssen in genügend großem Ausmaße hergestellt werden, damit sie sich nicht erwärmen und unter Umständen Anlaß zu einem Brande geben können. Bei Wechselstrom muß der Kondensator von 2 Mikrofarad wegfallen.

Abb. 3. Lichtschalter.



Bekanntmachung

Sonntag, den 12. Juni 1932, ist der 25. Wochenbeitrag fällig.

Rechtshilfe in Schwalbach (Ortsverwaltung Döllingen). Jeden 1. und 3. Freitag eines jeden Monats wird der Rechtshilfe nachmittags 6 Uhr im Lokale Müller für die Mitglieder unseres Verbandes erteilt.

Inhaltsverzeichnis

Der Deutsche Metallarbeiter:

Hauptteil:

Arbeiterschaft und „neues System“ (G. W.), S. 349. Otfelien, Stegerwald und Junkertum (... er.), S. 351. Kollegen! Seid auf der Wacht! (Vertrauensmann Fedal, Mannheim), S. 352. Gerechtigkeit auch gegenüber den Beamten (Kurth, Duisburg), S. 352. Besteuerung der Konsumvereine (Sch.), S. 353.

Verbandsgebiet:

Vertrauensmännertreffen im 2. Bezirk, S. 354. Limburg-Lahn meldet (S. Reichwein); Bastelkursus Sterkrade (S.), S. 355.

Umschau:

Herr Schlenker irrt (W.); Mehr Klarheit und Mut von den evangelischen Arbeitskollegen (B. S.), S. 356.

Unterhaltung:

Florian Geyer (Theodor Mügge), S. 354.

Wirtschaft — Technik:

Aus der Schwarzwälder Uhrenindustrie (Karl Gengler, Stuttgart), S. 357. Auflöser von Hartmetallschneiden auf Schäfte (Adolf Schüle, Speyer), S. 358. Ein neues Universalzeichengerät, S. 359. Vermeidung von Rundfunk-Empfangsstörungen (K.), S. 359.

Bekanntmachung:

Seite 360.

„Der Deutsche Metallarbeiter“ erscheint wöchentlich Samstags. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Stapeltor 17; Fernruf: Sammelnummer 25 346. Schluß der Redaktion: Donnerstags, abends 6 Uhr. Zuschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten. — Anzeigenpreis: Die viergespaltene Millimeterzeile für Arbeitssuchende 20 Rpt., für Arbeitsangebote 40 Rpt. Unverlangt eingehende Manuskripte ohne Beifügung eines adressierten und frankierten Briefumschlages werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt.

Schriftleitung: Georg Wieber. — Verlag: Franz Wieber, Duisburg, Stapeltor 17. — Druck: Echo-Verlag und Druckerei, a. G. m. b. H., Duisburg.

mählte zur Ruhe, drohte mit Strafen, sammelte mehrere Fahnen Kriegswolk und bewachte Türme und Tore.

Eines Abends, als es dunkel zu werden begann, befand sich der kranke Künstler allein in seinem Hause, nahe an der alten Kaiserburg, als ein Fremder bei ihm eintrat, den er erst erkannte, als dieser vor ihm stand und ihn anredete. Mit Schrecken und Freude zugleich reichte er ihm seine Hand und sagte ängstlich: „Was bringt Euch nach Nürnberg, lieber Junker Geyer? Seid Ihr Euren Feinden entkommen? Sucht Ihr Schutz in unserer Stadt?“

„Kein, Herr Dürer“, erwiderte Florian lächelnd, „ich will Euch in keine Unruhe versetzen. Ich bin hier, um Waffen und Kriegsbedarf einzuhandeln, ein paar tausend Handrohre, die ich längst schon bestellt, zu bezahlen und abzuholen, und mich dabei umzusehen, welchen Beistand des Volkes Sache von Nürnberg zu erwarten hat.“

„Was wagt Ihr das, lieber Freund?“ rief Dürer. „Mit welchem Schmerz habe ich die Nachrichten aus Würzburg gehört. Wißt Ihr nicht, daß der Bischof Euch als einen Mörder und Räuber verfolgen läßt? Heute erst hörte ich, daß auch der Rat von Nürnberg aufgefordert wurde, Euch festzuhalten, solltet Ihr Euch hier finden lassen.“

„Aber der Rat von Nürnberg wird dieser Aufforderung nicht nachkommen können und nicht nachkommen wollen“, erwiderte Florian. „Wenn Ihr erfahren habt, daß ich den Amtmann von Grimberg niederschlug, so wird Euch auch die Ursache nicht unbekannt sein, und Ihr werdet wissen, wie Eure Freunde in Würzburg urteilen.“

Wenige Worte, die Florian zu seiner Rechtfertigung sagte, reichten hin, daß Albrecht Dürer den großmütigen Empfindungen seines Herzens folgte und alle Bedenken vergaß.

„Ihr habt recht getan“, rief er, „aber ach! lieber Junker, in welche große Not seid Ihr nun geraten, und wozu? Werl habt Ihr beginnen helfen!“

„Ein gutes und gerechtes Werk“, antwortete Florian, „mit dem ich stehen und fallen will und gewiß bin, es in Ehren zu tun.“

Es wurden Schritte draußen gehört, und Albrecht Dürer horchte besorgt, sagte aber dann:

„Bleibt, es hat nichts zu sagen, es ist Pirtheimer. Möchte es uns beiden gelingen Euch von diesem Unternehmen abzuhalten, das, ich weiß es nur zu gewiß, Euch und so viele treffliche Männer verderben muß.“

Damit ging er der Türe zu und sprach dem Senator entgegen:

„Ich bin nicht allein, Willibald, es ist ein Freund hier, den ich mit Freuden und Trauer empfangen habe, und dem wir mit allen unseren Kräften helfen müssen.“

Pirtheimer war nicht wie sein Freund überrascht, als er Florian erblickte.

„Ich habe schon gehört, daß Ihr hier seid“, sagte er; „denn es ist unseren aufmerksamen Ratsheltern nicht verborgen geblieben, daß einige Reiter von Rothenburg gekommen sind, Waffen und Pulver einzukaufen, und einer meiner Verwandten im Rate erzählte mir soeben, daß Ihr selbst dabei wäret.“

„Ihr seht, Herr Dürer, daß ich für meine Sicherheit nichts zu besorgen habe“, lächelte Florian.

„Kein“, versetzte Pirtheimer, „wenn Ihr uns bis morgen wieder verlaßt und keine Versuche macht uns in Unruhe zu bringen, wird Euch nichts Uebles begegnen. Der Rat von Nürnberg hat umso weniger Ursache auf Euch zu sahneden, da alle Ordnung in Würzburg aufgehört hat und der Bischof auf den Frauenberg geflohen ist.“

„Er wird weiter fliehen!“ rief Florian freudig über diese Nachricht.

„Möglich“, erwiderte Pirtheimer mit Kälte. „Seine Untertanen haben ihn verlassen, und es regieren Leute dort, wie Eure Freunde Hans Bermeier und Philipp Dittmar, die jedoch schlechte Regenten sind, wie es mir scheint; denn ihre erste Sorge ist darauf gerichtet gewesen, das Eigentum ihrer Gegner zu verwüsten und zu plündern.“

„Taten sie dies“, erwiderte Florian, „so taten sie nur, was Fürsten, Bischöfe, Priester und Ritter seit Jahrhunderten greulich verübten, als es jemals geschehen kann. Das aber hat man Recht genannt und will nun die leichte Ungebühr mit Vorwürfen strafen.“

(Fortsetzung folgt.)